

Klaus J. Becker

## Zwischen Kriegsende und Gründung der Bundesrepublik

### Der pfälzische Nachkriegskommunismus 1945 bis 1949

Um Aufstieg und Fall des pfälzischen Nachkriegskommunismus nachzuvollziehen, ist ein Blick auf die Traditionslinien der KPD in der Pfalz zwischen 1919 und 1945 sinnvoll: Die Kommunistische Partei Deutschlands wurde am 1. Januar 1919 zum Abschluß einer dreitägigen Reichskonferenz des von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg geführten Spartakusbundes und der Internationalen Kommunisten Deutschlands ins Leben gerufen. Unter den 127 Delegierten des Gründungsparteitages fand sich zwar kein offizieller Vertreter aus der Pfalz, aber mit Karl Minster ein gebürtiger Edenkobener<sup>1</sup>. Da die Siegermächte des Ersten Weltkriegs in ihren Besatzungszonen der KPD zunächst jegliche Tätigkeit untersagten, war ihren wenigen Sympathisanten in der Pfalz nur eine Fraktionstätigkeit innerhalb der USPD möglich. Entsprechend mußten auch Ende 1919 die ersten drei Ortsgruppen in Speyer, Ludwigshafen und Mechttersheim illegal gegründet werden. Erst im März 1920 wurde die KPD in der Pfalz offiziell zugelassen<sup>2</sup>.

Auf einem Wahlzettel in der Pfalz fand sich die Partei erstmals am 6. Juni 1920 bei den Wahlen zum ersten Reichstag der Weimarer Republik sowie bei den Neuwahlen zum bayerischen Landtag. Beide Wahlkämpfe wurden von der KPD zur Gründung von neuen Ortsgruppen in Frankenthal und Kaiserslautern genutzt. Trotzdem lag das Wahlergebnis der KPD bei den Reichstagswahlen in der Pfalz mit 0,8% noch unter ihrem Reichsdurchschnitt von 1,7%. Dies entsprach 2 782 Wählerstimmen, wovon ihr allein 1 227 (3,2%) in Ludwigshafen, 498 (4,3%) in Speyer, 245 (2,3%) in Frankenthal und 208 (0,9%) in Kaiserslautern zugefallen waren. Das Ergebnis der Landtagswahl ergab keinen wesentlichen Unterschied. Damit ist offensichtlich, daß die Basis der Wählerschaft der KPD unmittelbar mit den bereits vorhandenen Ortsgruppen in der Pfalz verknüpft war. Es bedurfte also auch hier erst der Spaltung der USPD, um der KPD überhaupt einen bemerkenswerten Einfluß unter der Bevölkerung zu verschaffen. Diese erfolgte am 22. August 1920 als sich die pfälzische USPD, die inzwischen rund 10 000 Mitglieder in 90 Ortsgruppen umfaßte, auf ihrem Gautag mehrheitlich für einen sofortigen Anschluß an die Dritte Internationale aussprach. Die pfälzische KPD konnte anschließend einen sprunghaften Mitgliederzuwachs von 628 im September 1920 auf rund 4

000 bis Januar 1921 verzeichnen. Gleichzeitig wechselten 39 von 130 Abgeordneten der USPD in der Pfalz die Partei. Daß ganze Ortsgruppen der USPD, wie z.B. in Rheingönheim, zur KPD übertraten, war jedoch eine Ausnahme<sup>3</sup>.

In der Folge konnte die KPD einen wesentlichen Einfluß unter der pfälzischen Arbeiterschaft gewinnen. Deutlich wurde dies bei den Reichstagswahlen vom 4. Mai 1924. Mit 49 749 (13,5%) Wählern im Wahlkreis 27 Pfalz übertraf die pfälzische Parteiorganisation das Ergebnis im Reich (12,6%). In Ludwigshafen erhielt sie 24,9% der Wählerstimmen. Darüber hinaus wurde sie in den Städten Speyer (22,9%) und Pirmasens (20,9%) sowie in den Bezirksämtern Speyer (23,9%) und Neustadt (20,9%) die stärkste Arbeiterpartei. Wilhelm Müller aus Kaiserslautern wurde über den Reichswahlvorschlag der KPD in den Reichstag gewählt. Bei den zeitgleich angesetzten Wahlen zum bayerischen Landtag erhielt die KPD in der Pfalz 12,7% der Wählerstimmen und konnte Fritz Baumgärtner sowie Joseph Weber in den Landtag entsenden. Wesentliche Ursache für diese kommunistische Erfolge waren zwei große - wenn auch erfolglose - Streiks in der BASF gewesen, die KPD 1922 bzw. 1924 initiiert hatte, um die Wiedereinstellung kommunistischer Betriebsräte zu erreichen bzw. um die Einführung des Neunstundentages zu verhindern<sup>4</sup>.

Allerdings begann nun die „Bolschewisierung“ der KPD. Darunter wurde die Übernahme der organisatorischen und taktischen Prinzipien der Kommunistischen Partei Rußlands sowie der Theorie des Leninismus verstanden. Für die KPD bedeutete dies, die Verwerfung der Ideen ihrer Parteigründerin Rosa Luxemburg und eine völlige Neuorganisation auf der Basis von Betriebszellen, der wiederum eine Auswechslung des Parteiapparates vorausging. Bis 1929 war die KPD von heftigen Flügelkämpfen zwischen verschiedenen Fraktionen gekennzeichnet, wobei sich die pfälzische Bezirksorganisation zur ultralinken Parteiopposition bekannte, die mit Trotzki sympathisierte. Beendet wurden diese Auseinandersetzungen in der Pfalz durch den Parteiausschluß aller führenden pfälzischen Funktionäre - so der Politische Leiter MdL Fritz Baumgärtner und der Organisationsleiter Max Frenzel - durch das ZK der KPD am 31. Januar 1928: Zur Begründung hieß es, „daß mit diesem Beschluß ein Zustand innerhalb des Bezirkes Pfalz beseitigt wurde, der für die Partei auf die Dauer unerträglich war“. Zum Nachfolger von Max Frenzel als Organisationsleiter wurde der Ludwigshafener Herbert Müller bestimmt, der nun wesentlich die Geschicke der pfälzischen KPD bis 1949 bestimmten sollte<sup>5</sup>.

Daß Müller ein schweres Erbe antrat, verdeutlichen die Ergebnisse der KPD in der Pfalz bei den Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928. Mit 7,1% war sie dort noch hinter das Resultat vom Dezember 1924 (8,1%) zurückgefallen, während sie reichsweit 1,6% hinzugewonnen hatte. Daß die KPD nur noch 29 203 Wähler (gegenüber 34 951 im Dezember 1924) an sich binden konnte, liegt in dem Votum von 3 127 Wählern für die von Max Frenzel angeführte Liste der pfälzischen Ultralinken („Alte Kommunistische Partei“) begründet. Da die linken Kommunisten reichsweit nur 80 000 Stimmen erhielten, veranschaulicht das Resultat noch einmal ihre relative Stärke in der Pfalz. Bei den zeitgleich stattgefundenen bayerischen Landtagswahlen erhielt die pfälzische KPD 31 956 (7,0%) Stimmen. 2 940 Wähler votierten für die AKP. Somit konnte Herbert Müller, der als jüngster Abgeordnete in den bayerischen Landtag einzog, dort nur einen der beiden 1924 gewählten (und 1926 bzw. 1928 ausgeschlossen) Abgeordneten der pfälzischen KPD ersetzen. Der sichtlich geschwächte Bezirk wurde Ende 1930 mit seinen 50 Ortsgruppen und seinen noch 1 380 von Beitragskassierung erfaßten Mitgliedern mit dem Bezirk Baden vereinigt. Sitz des Bezirkes war Mannheim, in der Pfalz wurden drei Unterbezirke mit Sitz in Kaiserslautern (Vorsitzender Herbert Müller), Speyer und Frankenthal gebildet<sup>6</sup>.

Auch in der Pfalz stand die KPD am 30. Januar 1933 der Machtübergabe an die Nationalsozialisten wie gelähmt gegenüber. Zwar wandte sich das ZK mit einem Aufruf zum Generalstreik an die sozialdemokratische Arbeiterschaft. Dieser blieb jedoch durch das Fehlen der notwendigen Voraussetzungen für eine sofortige gemeinsame Aktion nach der langen heftigen Feindschaft zwischen beiden Parteien folgenlos<sup>7</sup>. Dafür wurden noch am gleichen Tag von der Polizei in Ludwigshafen das Parteibüro und die Wohnungen von Funktionären der KPD durchsucht. Trotzdem gelang es der Bezirksleitung Baden-Pfalz am 31. Januar 1933, unter Einbeziehung der Ludwigshafener Parteiorganisation, in Mannheim noch einmal einen „Antifaschistischen Massenaufmarsch“ mit rund 10 000 Teilnehmern durchzuführen<sup>8</sup>.

Zwar verstärkte die KPD anschließend die Umstellung auf die Illegalität nun auch im Bezirk Baden-Pfalz - die Mitglieder der Bezirksleitung wurden seit dem 10. Februar 1933 mit Haftbefehl gesucht - wurde aber trotzdem von der Polizeiaktion zur Durchsetzung der Notverordnung „zum Schutz von Volk und Staat“ am 28. Februar 1933 überrascht. In der Pfalz wurden sämtliche Versammlungen und Kundgebungen der KPD verboten und die Parteibüros geschlossen. Die Ludwigshafener „Arbeiter-Zeitung“ mußte ihr Erscheinen endgültig einstellen,

nachdem sie bereits zwischen dem 13. und 17. Februar 1933 wegen „Beschimpfung der Reichsregierung“ verboten gewesen war<sup>9</sup>. Mit der Verhaftungswelle ab dem 5. März 1933 war die legale Organisation der KPD zerschlagen. In den folgenden Wochen und Monaten mußte die Partei in der Illegalität neu formiert werden. Praktisch handelte es sich um einen Neuaufbau der KPD, wobei als sicher gelten kann, daß es nur ein kleiner Teil der Mitglieder war, der das Risiko illegaler Arbeit auf sich nahm. Trotzdem unternahm die Bezirksleitung Baden-Pfalz sofort alle Anstrengungen, um die Verbindung zu den einzelnen Ortsgruppen wiederherzustellen, wobei die direkte Verantwortung für die Pfalz bei Herbert Müller lag<sup>10</sup>.

Ende April 1933 wurde in einem Organisationsbericht der Bezirksleitung Baden-Pfalz die Lage in den Unterbezirken Kaiserslautern, Pirmasens und Kusel als schlecht bezeichnet. Während die Unterbezirksleitung Kaiserslautern vor allem unter Verhaftungen litt, war die komplette Pirmasenser Unterbezirksleitung ins Saargebiet geflüchtet. Zu den Unterbezirken Landau und Kirchheimbolanden bestand keine Verbindung. Dagegen wurde der Unterbezirksleitung Ludwigshafen eine gute Arbeit bescheinigt, der Übertritt einer Reihe von Sozialdemokraten zur KPD gemeldet und auf die Fortexistenz von Betriebszellen verwiesen<sup>11</sup>. Die Polizeidirektion Ludwigshafen berichtete über eine „stark einsetzende Tätigkeit der KPD, die äußerlich in der Herausgabe von 6 verschiedenen Flugschriften zum Ausdruck kam. Ihre schlagartige Verbreitung läßt auf eine bereits gut organisierte Agitationsgruppe schließen.“<sup>12</sup>. Allerdings erfolgte bereits am 2. Mai 1933 „nach längerem Suchen“ die Verhaftung von Herbert Müller in Mannheim, womit die KPD in der Pfalz ihres Leiters beraubt wurde<sup>13</sup>. Ab Mitte April 1936 bestand keine direkte Verbindung mehr zwischen der Bezirksleitung in Mannheim und der Vorderpfalz. Bekannt war nur noch eine funktionierende Ortsgruppe der KPD in Lambrecht<sup>14</sup>. Zum 1. Mai 1936 erschien zum letzten Mal eine Ausgabe der „Arbeiter-Zeitung“. Im November 1938 trat die illegale KPD im Regierungsbezirk Pfalz in organisatorischer Hinsicht nicht mehr in Erscheinung<sup>15</sup>.

Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion begannen die Mannheimer Kommunisten ab September 1941 mit der Herausgabe einer neuen illegalen Zeitung mit dem Titel „Der Vorbote“, die eine Auflage zwischen 50 und 200 Exemplaren hatte. Im Herbst 1941 wurde Kontakt zu dem in Landau wohnenden KPD-Mitglied Karl Henrich aufgenommen, der mit dem Aufbau von kommunistischen Kleingruppen in der Pfalz beauftragt wurde. Ab November 1941 erschien „Der Vorbote“ auch in Ludwigshafen und wurde in Einzelexemplaren per Post in der Pfalz vertrieben<sup>16</sup>. Zusätzlich wurden nach dem Überfall auf die Sowjetunion von den

Behörden wieder Anzeichen illegaler Arbeit von Kommunisten in der Pfalz auch unabhängig von der Mannheimer KPD wahrgenommen<sup>17</sup>. Am 9. August 1944 wurde Karl Henrich und weitere pfälzische Kommunisten wegen des Versuchs eines Wiederaufbaus der KPD in der Pfalz inhaftiert. Am 16. Dezember 1944 wurde Henrich wegen Bildung einer Widerstandsorganisation zum Tode verurteilt<sup>18</sup>. Dies war der Schlußpunkt einer organisierten Untergrundarbeit der pfälzischen KPD. Allerdings gelang es der Partei in ihren ehemaligen Schwerpunkten, so in der Region Kusel und der Stadt Frankenthal, informelle Strukturen bis zur Befreiung im März 1945 zu erhalten<sup>19</sup>.

Unmittelbar nach der Befreiung rief Fritz Baumgärtner in Ludwigshafen am politischen Wiederaufbau interessierte Bürger zur Mitarbeit in einem Antifa-Komitee auf<sup>20</sup>. Entsprechende Komitees bildeten sich in den kommenden Wochen auch an anderen Orten der Pfalz, so z.B. als „Anti-Nazi-Gruppe“ in Grünstadt oder als „Anti-nationalsozialistische Gruppe“ in Frankenthal<sup>21</sup>. Dort nutzten Mitglieder der KPD auch den 1. Mai 1945 zu einem ersten öffentlichen Auftreten. Trotz alliierter Versammlungs- und Kundgebungsverbots sprach der ehemalige kommunistische Stadtrat Ludwig Westermann vor 600 Menschen über den Sinn der Maifeier<sup>22</sup>. Weiterhin tagte ebenfalls noch im Mai 1945 in Ludwigshafen auf Einladung von Fritz Baumgärtner eine erste Konferenz Pfälzer Kommunisten, die Baumgärtner wieder zum Bezirksleiter der KPD in der Pfalz beriefen<sup>23</sup>. Ebenfalls seit Mai 1945 gab es in Ludwigshafen direkte Unterredungen zwischen Vertretern von KPD und SPD<sup>24</sup>. Im Juni 1945 wurde die Verbindung zum ZK in Berlin aufgenommen. Nach Abgabe einer Loyalitätserklärung wurde auch Max Frenzel eine Mitarbeit beim Neuaufbau der KPD in der Pfalz ermöglicht<sup>25</sup>. Nachdem Anfang August 1945 Herbert Müller aus dem Exil nach Ludwigshafen zurückgekehrt war, wurde er auf einer von etwa 20 Parteimitgliedern besuchten Versammlung zum Vorsitzenden des Bezirkes Pfalz der KPD gewählt<sup>26</sup>. Anschließend wurde unter schwierigsten technischen Bedingungen der Wiederaufbau illegaler Ortsgruppen forciert. Wie bereits schon einmal im März 1933 mußte dabei zunächst festgestellt werden, wie viele der ehemaligen Parteimitglieder in der Pfalz sich dem nationalsozialistischen Staat verweigert hatten und nach 12 Jahren individuellen Terrors für den Wiederaufbau der Partei noch zur Verfügung standen<sup>27</sup>. Anschließend wurde mit der Werbung neuer Mitstreiter begonnen. Hierzu meldeten die Ortsgruppen der Bezirksleitung Referenten, die nach entsprechender Schulung als Parteiredner eingesetzt wurden<sup>28</sup>. Inhaltlich wurden sie durch schriftliche „Vortragsdispositionen“ des ZK der KPD angeleitet. Diese wurden hektographiert aus Ostberlin geliefert und anschließend in Ludwigshafen gedruckt. Mit

den „Vortragsdispositionen“ sollten die alten und neuen Parteimitglieder über die Politik der KPD seit 1933 und ihren politischen Neubeginn im Sinne des Aufrufs des ZK vom 11. Juni 1945 informiert werden<sup>29</sup>. Am 29. August 1945 berieten in Ludwigshafen jeweils vier Vertreter von KPD und SPD über die Bildung von „Verständigungsausschüssen“ auf der bezirklicher Ebene<sup>30</sup>. Einen ersten Organisationsbericht über den Bezirk Pfalz übermittelte Herbert Müller am 10. September 1945 nach Berlin. Danach hatte der Bezirk in 8 Kreisen und 118 Wohngebietsgruppen inzwischen wieder 2 187 Mitglieder, wovon 1 184 bereits vor 1933 Mitglied der KPD gewesen waren<sup>31</sup>. Am 24. September 1945 beschlossen KPD und SPD in der Pfalz analog zur Entwicklung in der SBZ eine Aktionseinheit<sup>32</sup>. Entsprechend wurde in einem „Situationsbericht über die Bezirke: Baden - Pfalz - Saargebiet und Abriß über die Stadt Stuttgart“ für das ZK der KPD vom 1. Oktober 1945 der Stand der Einheitsfront im Bezirk positiv geschildert<sup>33</sup>.

Am 9. November 1945 gestattete die französische Militärregierung in der Pfalz die Abhaltung von „Antifaschistischen Versammlungen“. Daraufhin führten KPD und SPD am 16. und 26. November 1945 in Speyer gemeinsam zwei entsprechende Veranstaltungen durch, bei denen sie wechselseitig den Hauptredner bzw. Versammlungsleiter stellten. Auf der zweiten Versammlung sprach Herbert Müller über das Thema „Durch Einheit zur Demokratie“ und warb für eine Beibehaltung des antifaschistischen Konsenses beider Arbeiterparteien<sup>34</sup>. Am 22. Dezember 1945 wurde jedoch die pfälzische KPD durch Adolf Ludwig darüber informiert, daß hier die SPD nicht länger zu einer Aktionseinheit bereit war<sup>35</sup>.

Bereits am 17. November 1945 hatte Herbert Müller in einem Schreiben an die Französische Militärregierung in Neustadt um eine Zulassung der „Kommunistischen Partei Deutschlands für die Rheinpfalz“ ersucht. Beigefügt wurde dem Schreiben ein Zehn-Punkte-Programm der pfälzischen KPD, basierend auf dem ZK-Aufruf vom 11. Juni 1945. Unterzeichnet war der Antrag von 26 pfälzischen Kommunisten<sup>36</sup>. Gezielt hatte die KPD bei den Unterzeichnern auf Opfer des Nationalsozialismus zurückgegriffen: Lina Herbst war die Witwe des ermordeten Reichstagsabgeordneten Eugen Herbst, Oskar Brill hatte elf Jahre, Ernst Graff neun Jahre, Johann Kannengießler sieben Jahre, Hugo Gerloff sieben Jahre, Karl Zimmermann sieben Jahre, Franz Braun sechs Jahre, Herold Brigaldino 54 Monate, Georg Reffert 27 Monate, Peter Grün zwei Jahre, Herbert Müller zwei Jahre, Josef Götz zwei Jahre, Karl Hasenzahl 19 Monate, Alexander Hullet ein Jahr, Ludwig Westermann ein Jahr, Christian Knittel 7 Monate, Fritz Laur 7 Monate, Franz Laur 6 Monate und Otto Weber 3 Monate Gefängnis und KZ

überlebt. Den gleichlautenden Antrag sandte Herbert Müller, verbunden mit dem Angebot, „auf wirksame Weise an der Umerziehung des deutschen Volkes beizutragen“, am 1. Dezember 1945 auch an die Französische Zentrale Militärregierung in Baden-Baden<sup>37</sup>.

Jedoch gestattete Frankreich erst mit der Verordnung Nummer 23 vom 13. Dezember 1945 die Wiedergründung von Parteien in seiner Besatzungszone<sup>38</sup>. Bezugnehmend auf die Verordnung Nummer 23 beantragte Herbert Müller am 1. Januar 1946 bei der Militärregierung in Baden-Baden die „Zulassung der Kommunistischen Partei für die Rheinpfalz“. Dem Antrag wurde das Zehn-Punkte-Programm der pfälzischen KPD vom 17. November 1945 beigefügt. Diesmal war der Antrag nur von neun Parteimitgliedern unterzeichnet. Neu waren die Ludwigshafener Fritz Baumgärtner und Hermann Laub hinzugekommen, während Herbert Müller, Franz Braun, Oskar Brill, Ernst Graff, Lina Herbst, Johann Kannengießer und Ludwig Westermann bereits den Antrag vom 17. November 1945 unterzeichnet hatten<sup>39</sup>. Weiterhin übergab Herbert Müller am 11. Januar 1946 den Antrag vom 1. Januar 1946 auch dem Ludwigshafener Oberbürgermeister zur Beglaubigung. Gleichzeitig meldeten sich die Ortsgruppen der KPD in der Pfalz bei den jeweiligen Bürgermeistern schriftlich in deutscher und französischer Sprache als Ortsgruppen der Kommunistischen Partei des Bezirkes Pfalz an<sup>40</sup>. Damit widersprach die KPD jedoch den Richtlinien der französischen Militärregierung zur Neugründung politischer Parteien und die eine Parteiengründung nur für das gesamte Oberregierungspräsidium gestattete<sup>41</sup>. Daraufhin suchte Herbert Müller am 27. Januar 1946 für seinen bereits im Dezember 1945 um Rheinhessen erweiterten Parteibezirk um die Genehmigung zur Gründung der „Kommunistischen Partei Hessen-Pfalz“ nach<sup>42</sup>.

Zum Jahresende 1945 hatte die pfälzische KPD 2 772 Mitglieder in neun Kreisorganisationen gezählt, wobei bei sich nach Parteiangaben unter den Neuaufnahmen bis zu 30% ehemalige Sozialdemokraten fanden<sup>43</sup>. Mitte Januar meldete sie bereits über 3 000 Mitglieder nach Berlin. Die Betriebsgruppen wurden stärker als vor 1933 bezeichnet. Unter den Mitgliedern würden auf dem Lande die Parteigänger vor 1933, in den Städten die Neueingetretenen überwiegen. Diese positive Sichtweise wurde allerdings vom Instrukteur des ZK für die Französische Besatzungszone, Otto Niebergall, nicht geteilt. In seinem Ergänzungsbericht verwies er darauf, daß Herbert Müller mit seiner gleichzeitigen Funktion als Parteisekretär, Rheinpfalz-Redakteur und Mitglied des überparteilichen Ausschusses beim

Oberregierungspräsidium Hessen-Pfalz überlastet sei. Außerdem sei „eine ganze Reihe Genossen“ mit der Politik der Partei nicht einverstanden<sup>44</sup>.

Dies überrascht nicht, liest man das Einladungsschreiben der Ortsgruppe Neustadt der KPD vom 16. Januar 1946 an den pfälzischen Oberregierungspräsidenten Dr. Eichenlaub zu einer öffentlichen Kundgebung mit Herbert Müller am 20. Januar 1946. Dort ist von „der jungen Kommunistischen Partei, deren Stellung sich gegenüber früher gewandelt hat“ die Rede. Entsprechend den Vorgaben des ZK vom 11. Juni 1945 forderte auch die pfälzische KPD nun statt der proletarischen Weltrevolution „eine parlamentarisch-demokratische Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“. Erst damit war ihre Einbeziehung in das entstehende regionalpolitische Leben möglich, was durch die offizielle Teilnahme von Dr. Eichenlaub und Oberregierungsvizepräsident Dr. Koch an der Versammlung am 20. Januar 1946 unterstrichen wurde. Entsprechend festlich wurde die Veranstaltung im Neustadter Saalbau-Kino durch das Orchester der Pfalz-Oper Kaiserslautern umrahmt. Im Mittelpunkt stand das Referat von Herbert Müller: „Was sagt die KPD zum Leidensweg der europäischen Völker und zum Weg aus der deutschen Katastrophe?“. Dabei gab er Erlebnisberichte von Parteimitgliedern aus den KZ und aus dem Exil wieder und sprach sich für den Zusammenschluß von SPD und KPD aus<sup>45</sup>.

Die KP Hessen-Pfalz erhielt als erste Partei im Oberregierungspräsidium mit Erlaß Nummer 14 vom 4. Februar 1946 die Genehmigung durch General Bouley als Oberster Beauftragter der Militärregierung Hessen-Pfalz<sup>46</sup>. Gleichzeitig wurde ein vorläufiger zehnköpfiger Ausschuß der KP Hessen-Pfalz genehmigt, der aus den Antragstellern bestand. Der Ausschuß war autorisiert, ohne vorherige Genehmigung nun Ortsgruppen der KP zu gründen, mußte aber über jede Gründung ein „Verzeichnis der leitenden Personen unter Beifügung des Fragebogens“ an die zuständige Verwaltungsbehörde senden<sup>47</sup>. Entsprechend forderte der Gründungsausschuß, der sich selbst als „Landesleitung Hessen-Pfalz der Kommunistischen Partei“ definierte, am 13. Februar 1946 die Parteimitglieder zur Durchführung von Gründungsversammlungen auf<sup>48</sup>.

Unmittelbar nach der Legalisierung der Kommunistischen Partei Hessen-Pfalz veröffentlichte deren Leitung einen eigenen Aufruf, der sich formal zwar noch an den Aufruf des ZK vom 11. Juni 1945 anlehnte, sich inhaltlich aber insbesondere für die Schaffung einer sozialistischen Einheitspartei aussprach<sup>49</sup>. Ende Februar 1946 wurde Herbert Müller zum



Landesvorsitzenden der Kommunistischen Partei Hessen-Pfalz gewählt<sup>50</sup>. Auf der Reichskonferenz der KPD am 2. und 3. März 1946 in Ostberlin war die KP Hessen-Pfalz durch die Betriebsgruppe der BASF vertreten. Allerdings konnte dort Walter Ulbricht keine Angaben zur Mitgliedsstärke der KPD in der FBZ machen, da diese noch nicht mit dem Kassierer des ZK abgerechnet waren<sup>51</sup>. Auch wurde kein Vertreter aus der Pfalz in das zur Vorbereitung der Vereinigung mit der SPD in der SBZ von 16 auf 35 Mitglieder erweiterte ZK kooptiert<sup>52</sup>.

Seinen ersten öffentlichen Auftritt als Landesvorsitzender hatte Müller auf der zentralen Gedenkveranstaltung der KPD für die Opfer des Faschismus am 9. März 1946 in Ludwigshafen<sup>53</sup>. Am 12. März 1946 referierte Müller über „Was wir Kommunisten wollen“ auf einer Mitglieder-Feier der KP Ludwigshafen<sup>54</sup>. Mit den inhaltlichen Schwerpunkten dieser Veranstaltungen, ergänzt um die Frage der Einbindung der Bauern in die Demokratie, wurde anschließend im gesamten Frühjahr 1946 eine Versammlungskampagne der KPD im Bezirk Hessen-Pfalz durchgeführt. Die häufig auch von vielen Mitgliedern der SPD besuchten Veranstaltungen standen unter dem Motto: „Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte mit dem Ziel, ein freies, demokratisches, glückliches und dauerhaftes Deutschland des Friedens und der Arbeit zu schaffen“<sup>55</sup>.

Unzweifelhaft sollte damit die in der SBZ von der KPD mit Billigung der SMAD forcierte Vereinigung mit der SPD im Interesse der Konsolidierung der dortigen kommunistischen Vorherrschaft unterstützt werden. Entsprechend versuchte Herbert Müller in einem Schreiben vom 1. April 1946, den pfälzischen Bezirksvorstand der SPD für die Durchführung gemeinsamer Kundgebungen zusammen mit den Einheitsgewerkschaften anlässlich des 1. Mai 1946 zu gewinnen. Dies wurde jedoch von der SPD genauso zurückgewiesen wie die angebotene Teilnahme einer KP-Delegation an ihrem 39. Bezirksparteitag am 13. und 14. April 1946 in Kaiserslautern, die dort für die Einheitspartei werben sollte. In der Folge nahm die Auseinandersetzung zwischen SPD und KPD zum Teil sehr persönliche Formen an. So mußte sich der SPD-Bezirkssekretär Maxim Kuraner, der bis 1939 Mitglied der KPD gewesen war, gegen ehrenrührige und böswillige Verleumdungen zur Wehr setzen<sup>56</sup>.

Der erste Nachkriegsparteitag der KPD trat am 19. und 20. April 1946 in Ostberlin zusammen. 5 Delegierte repräsentierten den Bezirk Hessen-Pfalz, unter ihnen der Bezirksvorsitzende Herbert Müller<sup>57</sup>. Insgesamt vertraten 380 Delegierte aus der SBZ rund 600 000

Mitglieder und 120 Delegierte aus den drei Westzonen rund 205 000 Mitglieder. Es sprachen aber keine Vertreter aus der Pfalz auf dem Parteitag. Auch wurden ihre Repräsentanten weder in dessen Präsidium noch in eine der vier Parteitagskommissionen gewählt. Ebenso wurde bei den Personalvorschlägen der KPD für den an den beiden darauf folgenden Tagen auf dem Vereinigungsparteitag mit der SPD paritätisch zu wählenden ersten Parteivorstand der SED kein Vertreter aus der Pfalz berücksichtigt<sup>58</sup>. Unmittelbar im Anschluß an den Vereinigungsparteitag publizierte die KP Hessen-Pfalz eine Broschüre mit einem Artikel Willy Fellers, „Triumph der Einheit“. In ihm wurden die „sozialdemokratischen Einheitsfreunde in Pfalz und Hessen“ aufgefordert, als „Vorkämpfer“ für die sozialistische Einheit mit der KPD gemeinsame Organisations- und Einheitsfront-Ausschüsse zu schaffen<sup>59</sup>.

Entsprechend tagte der am 18. und 19. Mai 1946 in Ludwigshafen zusammengetretene 1. Landesparteitag der KP Hessen-Pfalz, der gleichzeitig der 14. Bezirksparteitag der pfälzischen Kommunisten war, unter der Losung „Im Zeichen der sozialistischen Einheit“. 553 Delegierte repräsentierten 234 Ortsgruppen und 67 Betriebsgruppen. Weiterhin waren 164 Gastdelegierte anwesend, darunter 37 Sozialdemokraten, die u.a. in einem „Einheitsausschuß“ in Zweibrücken organisiert waren. Am Samstag, dem 18. Mai 1946, begrüßte Herbert Müller zunächst ausdrücklich die KPD-Mitglieder aus Rheinhessen und betonte deren erzwungene Anwesenheit durch die Zonen-Grenzziehung der Alliierten. Nach seinen Angaben hatte sich die Mitgliederzahl der KPD in Rheinhessen und der Pfalz inzwischen gegenüber 1933 bereits verdreifacht. Darunter seien über 450 Mitglieder bereits 25 Jahre in der Partei. Nach Müller sprach als Vertreter der SPD Ernst Birnbaum für den Zweibrücker „Einheitsausschuß“. Es folgten drei Referate zum Motto des Parteitages, nämlich von Herbert Müller über „Sozialistische Einheit und unsere Aufgaben“, von Willy Feller unter dem Titel „Vereinigung von SPD und KPD“ über die Grundsätze und Ziele der SED und vom Instrukteur des Zentralsekretariats der SED in der Französischen Besatzungszone, Otto Niebergall, mit dem Thema „Über Demokratie zum Sozialismus“. Der Parteitagssamstag wurde beendet mit einer künstlerisch gestalteten Abendfeier, in deren Mittelpunkt ein weiteres Referat von Herbert Müller über „Sozialistische Einheit zur Rettung des Volkes“ stand. Am Sonntag, dem 19. Mai 1946, wurde der Parteitag mit einer Aussprache der Referate vom Samstag eingeleitet. Danach referierte Fritz Baumgärtner über den Wirtschafts- und Aufbauplan der KP Hessen-Pfalz, Lina Herbst über deren Frauenpolitik; Alfred Dell behandelte die Jugendarbeit, Alphonse Kahn die Betreuung der Opfer des Faschismus und Georg Weiler die Kommunalpolitik der KP Hessen-Pfalz. Der Parteitag

verabschiedete zwei Resolutionen: In der ersten forderte die KPD für Rheinhessen-Pfalz unbürokratische Maßnahmen zum Wiederaufbau, eine demokratische Schulreform, eine Bodenreform sowie die volle Gleichberechtigung der Frau. Durchsetzbar erschien dies der KPD nur über die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien und die Schaffung eines demokratischen Blocks aller antifaschistischen Parteien. Die zweite Resolution forderte eine Wiedergutmachung der Opfer der nationalsozialistischen Diktatur, die Erhöhung der Renten für Kriegswitwen und Waisen, sowie eine Umschulung der Kriegsversehrten. Abschließend wurden Herbert Müller als Landesvorsitzender der KP Hessen-Pfalz und die fünfzehnköpfige engere Landesleitung einstimmig bestätigt. Weiter wurde bei drei Gegenstimmen eine erweiterte Landesleitung mit 60 Mitgliedern aus allen Kreisorganisationen der KP Hessen-Pfalz und aus Vertretern der Frauen, Jugend und Bauern gewählt<sup>60</sup>.

Am 5. August 1946 hatte die Militärregierung für den 15. September 1946 Gemeindewahlen in der Französischen Besatzungszone ausgeschrieben<sup>61</sup>. In ihrem Kommunalwahlprogramm forderte die KPD die Einheit der Arbeiterparteien, die Beseitigung des Großgrundbesitzes, der kapitalistischen Monopole und der Großbanken, die Ausrottung des Nazismus und Militarismus, volle Gleichberechtigung der Frau, ein Recht der jungen Generation auf Arbeit, Erholung und Bildung sowie die baldige Rückkehr der Kriegsgefangenen. Neben der Einheit von SPD und KPD strebte sie auch eine Blockbildung mit CDU und den Liberalen an. Zusätzlich bot sie der SPD auch die Aufstellung gemeinsamer Listen an, worauf die SPD offiziell nicht reagierte<sup>62</sup>. Dies wurde nicht von allen sozialdemokratischen Gliederungen begrüßt: So wurde am 4. September 1946 auf einer gemeinsamen Sitzung der Ortsgruppen von SPD und KPD in Heßheim von den Sozialdemokraten betont, daß „eben die Richtlinien von unserer Parteileitung eine Zusammenarbeit eigentlich verbieten, daß wir aber trotzdem gewillt seien, in Zukunft in unserer Gemeinde in wichtigen Fragen uns gemeinsam zu beraten“<sup>63</sup>.

Bei den Wahlen vom 15. September 1946 erreichte die KP Hessen-Pfalz mit 60 874 Stimmen, was einem Wähleranteil von 9,51% und 420 kommunistischen Stadt- und Gemeinderäten entsprach, das beste Ergebnis aller Kommunistischen Parteien in der FBZ. In der Pfalz hatte sie 45 347 (9,7%) erhalten. Für die KP Hessen-Pfalz interpretierte Arno Freiberg das Ergebnis als kein klares Bekenntnis zu Frieden und Freiheit und führte es auf die objektive Benachteiligung der KPD nach 12 Jahren antikommunistischer Propaganda durch das „Dritte Reich“ zurück. Allerdings sei die KPD überall dort erfolgreich gewesen, wo eine kommunisti-

sche Liste zur Wahl gestanden habe. Auch kam es auf Grund der großen Probleme der Nachkriegszeit und nicht zuletzt auf Wunsch der französischen Besatzungsmacht nach den Gemeinderatswahlen in der Pfalz faktisch zu der von der KPD gewünschten Blockbildung zwischen den Parteien, was zu einer Fortsetzung der seit 1945 bestehenden Beteiligung der KPD an der kommunalen Verwaltung führte und bis November 1948 Bestand hatte<sup>64</sup>.

Nur unwesentlich besser war das Ergebnis der KPD bei den Wahlen zu den Kreisversammlungen in Rheinland-Pfalz am 15. Oktober 1946, obwohl hier - im Gegensatz zu den Gemeinderatswahlen - die KPD für alle Kreisversammlungen zur Wahl stand und diesmal außer den vier in Rheinland-Pfalz zugelassenen Parteien keine Wählergruppen kandidieren durften. Die KP Hessen-Pfalz erhielt 55 853 Stimmen, was einem Wähleranteil von 9,53% und 34 Sitzen in den 17 Kreisversammlungen entsprach. Erneut erzielte sie in der Pfalz mit 40 899 Stimmen das beste Wahlergebnis, was diesmal einem Wähleranteil von 9,9% entsprach. Damit war sie bis auf Bergzabern in allen 13 pfälzischen Kreisversammlungen mit insgesamt 26 Mandaten vertreten. Zusätzlich stellte die pfälzische KPD nun vier von neun kommunistischen Abgeordneten in der Beraten Landesversammlung, die von der Militärregierung mit dem Entwurf einer Verfassung für Rheinland-Pfalz beauftragt worden war sowie mit Willy Feller den Minister für Wiederaufbau und Verkehr in der vorläufigen Landesregierung<sup>65</sup>.

Im Januar 1947 schlossen sich die KP Hessen-Pfalz und die KP Rheinland-Hessen-Nassau zur KPD Rheinland-Pfalz zusammen. Sie beschloß beim bevorstehenden Volksentscheid für eine Ablehnung des Entwurfs der Verfassung für Rheinland-Pfalz einzutreten. Weiterhin kündigte Herbert Müller die „bevorstehende Bildung der SED auch im Westen Deutschlands“ an<sup>66</sup>. Allerdings beschloß dann aufgrund der Restriktionen der französischen Besatzungsmacht der 15. Parteitag der pfälzischen KPD, der durch die erneute Anwesenheit rheinhessischer Kommunisten und die erstmalige Anwesenheit der Delegierten aus dem Bezirk Rheinland-Hessen-Nassau gleichzeitig als der Zweite Landesparteitag der Kommunistischen Partei für Rheinland-Pfalz bezeichnet wurde, nicht die sofortige Vereinigung mit der SED, sondern nur die Annahme der Grundsätze und Ziele dieser Partei<sup>67</sup>. Anlässlich des 129. Geburtstags von Karl Marx am 5. Mai 1947 war der 15. Bezirksparteitag am Samstag, den 3. Mai und am Sonntag, den 4. Mai 1947 in Ludwigshafen zusammengetreten, weshalb er auch symbolisch noch die Zusätze „Parteitag der Einheit / Karl-Marx-Parteitag“ erhielt. 649 Delegierte aus 317 Ortsgruppen, 157 Delegierte aus 65 Betriebsgruppen und 338 Gastdelegierte manifestierten

die Bildung eines Landesverbandes Rheinland-Pfalz der KPD aus den beiden bisherigen Bezirken Hessen-Pfalz und Rheinland-Hessen-Nassau<sup>68</sup>. Am Samstagmorgen tagten zunächst die Kommissionen der Abteilungen der Landesleitung. Den eigentlichen Parteitag eröffnete Landesvorsitzender Herbert Müller am Samstagnachmittag mit einem zweistündigen Grundsatzreferat über das Thema „Um Deutschlands Zukunft und sozialistische Einheit“, worin er sich insbesondere für einen deutschen Weg zum Sozialismus und für die Zulassung der SED in der FBZ aussprach<sup>69</sup>. Nach einer ausführlichen Diskussion folgte die vom Symphonie-Orchester der Stadt Mainz umrahmte festliche Abendveranstaltung des Parteitages, in deren Mittelpunkt die Gedenkrede für Karl Marx von Willy Feller stand<sup>70</sup>. Am Sonntagmorgen setzte der Parteitag seine Arbeit mit einem Referat Fellers zur Bedeutung der Landtagswahl und über die Haltung der KPD zum rheinland-pfälzischen Verfassungsentwurf fort. Im Anschluß an das Referat von Willy Feller erstatteten die Kommissionen der Abteilung der Landesleitung ihren Bericht. Hier referierten u.a. Fritz Baumgärtner zur Sozialpolitik und Willy Feller zur Kulturpolitik<sup>71</sup>. Zum Abschluß des Parteitages erfolgte in geheimer Abstimmung die Wahl der neuen, 24 Mitglieder umfassenden Landesleitung. Herbert Müller wurde als Landesvorsitzender bestätigt<sup>72</sup>. Weiterhin wählten die pfälzischen Delegierten als ersten Schritt zur geplanten Dezentralisierung des Landesverbandes wieder einen eigenen 42 Mitglieder umfassenden Bezirksvorstand, dessen Vorsitzender in der Folge ebenfalls Herbert Müller war<sup>73</sup>.

Mit der Auflösung der Beratenden Landesversammlung am 25. April 1947 wurde der Wahlkampf zum ersten Landtag Rheinland-Pfalz offiziell eröffnet. Am gleichen Tag bot die Landesleitung der KPD in einem Schreiben dem Parteivorstand der SPD Pfalz-Hessen eine Listenverbindung an, um „die Reststimmen für die sozialistischen Parteien zum Wohle des schaffenden Volkes verwerten zu können“. Als Ziele dieser Verbindung schlug die KPD die Fortführung der Entnazifizierung, die Enteignung des Großgrundbesitzes und der Schwerindustrie, das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und eine gemeinsame Bildungspolitik vor<sup>74</sup>. Allerdings wandte sich der 40. Bezirksparteitag der pfälzischen SPD am 26. und 27. April 1947 in Speyer gegen die Politik der Kommunisten. So verwies der Bezirksvorsitzende Bögler auf die Verfolgung von Sozialdemokraten in der SBZ und deren Internierung in Konzentrationslagern<sup>75</sup>. Nach dieser eindeutigen Ablehnung einer Listenverbindung wandte sich nun die KPD in ihrem Wahlkampf ausdrücklich auch gegen die SPD, der sie einen „Bruderkampf“ vorwarf, wodurch „der Reaktion zum Sieg“ verholfen würde<sup>76</sup>. Schwerpunkt des KPD-Wahlkampfes war jedoch die Agitation gegen die Annahme

der Verfassung und gegen eine Bekenntnisschule. Weiterhin wurde ein volles Mitbestimmungsrecht der Werktätigen gefordert und gezielt auch der Mittelstand umworben<sup>77</sup>. Basis der Partei blieb jedoch das eigene, von männlichen Arbeitern dominierte kommunistische Milieu, das nicht nur im Wahlverhalten sondern auch im Konfliktaustrag während des Landtagswahlkampfes an seine Traditionslinien aus der Weimarer Republik anknüpfte. So wurde die Junge Union im Ludwigshafener Stadtteil Nord - hier bekannten sich ein Drittel der Wähler zur KPD - von den Anwohnern gewaltsam an der Anbringung von CDU-Wahlplakaten auf den öffentlichen Werbeflächen gehindert<sup>78</sup>.

Bei der am 18. Mai 1947 durchgeführten Wahl gelang es der KPD mit einem Wahlergebnis von 8,7%, was 100 819 Stimmen entsprach, gegenüber 87 186 Stimmen bei den Kreistagswahlen vom 13. Oktober 1946 ein Zugewinn von 1,3%. In allen fünf Regierungsbezirken wurden Stimmen gewonnen, wobei das beste Ergebnis wiederum in der Pfalz mit 12,4% (49 796 Stimmen gegenüber 40 899 bei den Kreistagswahlen 1946) erreicht wurde. Erneut stellte die pfälzische KPD vier der acht kommunistischen Landtagsabgeordneten. Deutlich stärkere Wahlergebnisse erzielte die KPD bei der protestantisch geprägten städtischen Bevölkerung in der Pfalz (Ludwigshafen 20,8%, Zweibrücken 20,7%, Neustadt 19,6%, Pirmasens 19,1%, Frankenthal 19,1%)<sup>79</sup>. In einer ersten Auswertung der Landtagswahl betonte Herbert Müller am 21. Mai 1947 den Stimmengewinn der Partei und verwies darauf, daß KPD und SPD bei einer Listenverbindung noch stärker im Landtag vertreten gewesen wären. Weiterhin erklärte Müller die grundsätzliche Bereitschaft der KPD, auch in der neuen Landesregierung eine Verantwortung zu übernehmen. Tatsächlich stellte die KPD bis zu der im Zuge des beginnenden Kalten Krieges erfolgten Abwahl von Willy Feller am 9. April 1948 weiterhin den Minister für Wiederaufbau<sup>80</sup>.

Am 27. April 1948 wurde in „Neues Leben“ das Programm für eine Karl-Marx-Festwoche der KPD, Bezirk Trier veröffentlicht<sup>81</sup>. Am gleichen Tag trat in Herne aber auch eine Delegiertenkonferenz der Landesvorstände der KPD zusammen und beschloß bei 251 Ja-Stimmen, 19 Enthaltungen und 18 Gegenstimmen die Umbenennung ihrer Partei in Sozialistische Volkspartei Deutschlands (SVD). Das eindeutige Ergebnis war nur auf die Parteidisziplin der Delegierten zurückzuführen. Dieser Meinung waren jedenfalls die anwesenden Mitarbeiter der Westabteilung der SED, da zuvor erheblicher Widerstand gegen die Umbenennung von den Delegierten artikuliert worden war. Einstimmig dagegen wurde

von ihnen der erste westdeutsche Parteivorstand der KPD/SVD mit Max Reimann als Vorsitzenden sowie Walter Fisch und Kurt Müller als seine Stellvertreter gewählt. Aus Rheinland-Pfalz wurde nur Otto Niebergall in den PV gewählt<sup>82</sup>. Die KPD begründete die Umbenennung mit ihrer „seit 1945 entwickelten neuen Politik nicht nur für die Interessen der Arbeiterklasse, sondern auch für die des ganzen deutschen Volkes“ und ihrem „alleinigen Halten des Banner des Sozialismus“ in Folge der „Koalitionspolitik der SPD im Interesse des Marshall-Plans“<sup>83</sup>. Für den französischen Nachrichtendienst war die SVD schlicht „der neuste Versuch der KPD, sich in den Augen der Öffentlichkeit zu tarnen“<sup>84</sup>. Daneben dürfte mit der Umbenennung auch ein erneuter Verschmelzungsversuch von KPD und SED in den Westzonen vorbereitet worden sein. Die Parteientwicklung, gerade auch in der Pfalz, läßt als weiteren Schluß zu, daß in der Namensänderung auch der gezielte Beginn der Konsolidierung und Disziplinierung der KPD im Sinne der vorhergegangenen Kominform-Bildung zu sehen ist<sup>85</sup>.

So begrüßte das Sekretariat der Landesleitung der KPD in Rheinland-Pfalz auf seiner Sitzung die Herner Entscheidungen bereits am folgenden Tag in einen Telegramm an den neuen Parteivorstand<sup>86</sup>. Auf der gleichen Sitzung ersetzte es Herbert Müller als Landesvorsitzenden durch Otto Niebergall sowie als Fraktionsvorsitzendem im Landtag durch Willy Feller! Begründet wurde dies mit einer fehlenden kollektiven Leitung und einem mangelnden Durchsetzungsvermögen Müllers, der gegenüber der SPD zu duldsam gewesen sei. Insbesondere wurde Müller die Unterzeichnung eines Toleranzabkommens durch die Landtagsfraktionen und sein Ruf als „anständiger Kommunist“ vorgeworfen, der ihn als „zu menschlich“ für einen Landesvorsitzenden ausweise<sup>87</sup>. Während sich bereits viele Ortsgruppen der KPD in Rheinland-Pfalz für eine Namensänderung aussprachen, wurde die Karl-Marx-Festwoche in Trier um den Programmpunkt einer „Parteiarbeiter-Delegierten-Konferenz“ erweitert. Diese Funktionärsversammlung trat am 7. Mai 1948 zusammen und billigte in einer siebenstündigen Aussprache „fast einmütig“ die Herner Beschlüsse und sprach sich mit 387 zu 1 Stimme für die Bildung eines Landesverbandes der SVD durch die KPD in Rheinland-Pfalz aus. Während die Delegierten dem neuen PV einstimmig das Vertrauen aussprachen, wurde ihnen Otto Niebergall als neuer Landesvorsitzender präsentiert. Parallel dazu wurde der Sitz des Sekretariats von Ludwigshafen nach Mainz verlegt und die Landesleitung beauftragt, die Neuwahl der Mitglieder des Sekretariats auf der nächsten Sitzung des Landesvorstandes der KPD/SVD vorzunehmen<sup>88</sup>.

Am 5. Juni 1948 tagte zum ersten Mal der Landesvorstand der KPD/SVD, der auf der Parteiarbeiter-Delegierten-Konferenz in Trier um einige Funktionäre erweitert worden war, in Mainz<sup>89</sup>. Für die interne Mitgliederinformation wurde eine scharfe Kritik an der SPD wegen des Nichtzustandekommens der „sozialistischen Einheit“ formuliert. Weiterhin wurde die Schaffung eines praktischen Parteiprogramms und als neues Parteisymbol das, von der SED übernommene Zeichen der beiden Hände beschlossen. Von diesen Maßnahmen erhoffte man sich den Gewinn von „breiteren Massen“ der Bevölkerung. Dem auf dieser Landesvorstandssitzung neu gewählten Sekretariat gehörte durch seine Funktion als Vorsitzender des Bezirkes Pfalz auch Herbert Müller an; ebenso Willy Feller als Vorsitzender der KPD-Landtagsfraktion und gleichzeitig neuer Chefredakteur von „Neues Leben“. Der bisher damit betraute Arno Freiberg verblieb als redaktioneller Mitarbeiter beim Parteiorgan und wurde zusätzlich mit Schulung, Werbung und Presse im Bezirk Pfalz betraut<sup>90</sup>. Offensichtlich erhoffte sich die KPD eine bessere Veranschaulichung ihrer neuen Politik in „Neues Leben“ durch Willy Feller. Auf jedem Fall galt Freiberg als Parteigänger Müllers und war entsprechend heftig von Willy Feller attackiert worden<sup>91</sup>.

Das vom neuen Landesvorstand geforderte praktische Parteiprogramm wurde von der KPD/SVD bereits am 18. Juni 1948 unter dem Titel „Aufruf zur sozialen und nationalen Selbsthilfe“ in „Neues Leben“ veröffentlicht. Mit dem Aufruf artikulierte die KPD in Rheinland-Pfalz ihre Abwehrhaltung gegenüber den von ihr befürchteten Folgen der Währungsreform in den drei Westzonen am 20. Juni 1948 und den umstrittenen territorialen Kompensationsforderungen der Benelux-Staaten und Frankreichs an Rheinland-Pfalz auf der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz. Der Aufruf diente anschließend als Propagandagrundlage für die Kommunalwahl am 14. November 1948 in Rheinland-Pfalz. Dagegen wurde der Parteiname SVD von den rheinland-pfälzischen Kommunisten offiziell nur noch bis Ende Juni verwendet, da sich die französische Militärregierung dem bereits am 7. Juni 1948 erfolgten Verbot des neuen Parteinamens der KPD durch die britische Militärregierung anschloß<sup>92</sup>.

Der Landesvorstand hatte auf seiner Sitzung am 5. Juni 1948 auch den 16. Bezirksparteitag der pfälzischen KPD einberufen. Die pfälzischen Kommunisten traten am 4. und 5. September 1948 unter den Losungen „Schafft die Einheit der Arbeiterklasse“, „Die Pfalz ist deutsches Gebiet und muß es bleiben“ und „Die Anilin muß deutsche Produktionsstätte des Friedens werden“ im Neustadter Saalbau zusammen. Der Parteitag protestierte gegen die anhaltende Demontage von Industrieanlagen in der Pfalz und betonte die Ablehnung einer Eingliederung



der Pfalz in den französischen Wirtschaftsraum, da die Pfalz nur in einer gesamtdeutschen Republik lebensfähig sei. Das Referat hielt der stellvertretende Vorsitzende der KPD, Walter Fisch, zum Thema „Der Kampf um die nationale und soziale Befreiung“. Das Mitglied des Betriebsrates der BASF, Ernst Faß, forderte die Überführung des Unternehmens in Gesellschaftseigentum, Fritz Baumgärtner informierte über die bevorstehenden Betriebsratswahlen. Der Bezirksvorsitzende Herbert Müller sprach zur Lage in der Pfalz und den daraus resultierenden Aufgaben der Partei. Der Landesvorsitzende Otto Niebergall informierte abschließend über den neuen Organisationsaufbau der KPD, der den „politischen Erfordernissen entsprechend“ eine direkte Verbindung des Landesvorstandes mit den Kreisen herstellte<sup>93</sup>. Damit verlor der Bezirk Pfalz seine politische Selbständigkeit und wurde nun als regionale Gliederung direkt dem Landesvorstand unterstellt. In der Praxis bedeutete dieser neue Organisationsaufbau der KPD für die pfälzischen Kommunisten wie schon einmal 1930 die Auflösung ihres Bezirkes, weshalb auch 44 von 112 Delegierten gegen den neuen Organisationsaufbau stimmten. Den neuen Organisationsaufbau der KPD und die damit verbundene generelle Auflösung aller Bezirkssekretariate und -leitungen hatte die 4. Tagung des PV der KPD vom 26. bis 28. August 1948 u.a. beschlossen, weil man durch die direkte Anbindung der Kreise an die Landesleitungen hoffte, der starken Mitgliederfluktuation in der KPD Herr zu werden, die die Partei bereits in der Weimarer Republik gekennzeichnet hatte<sup>94</sup>. Von dieser Beschlußlage war die pfälzische Bezirksleitung offensichtlich völlig überrascht worden: So war in der Tagesordnung des Bezirksparteitages noch die Neuwahl des Bezirksvorstandes vorgesehen gewesen und den Delegierten auch eine 33 Namen umfassende Vorschlagsliste mit den Unterlagen überreicht worden<sup>95</sup>.

In den Bezirken Koblenz, Trier und Rheinhessen wurde erst gar kein Bezirksparteitag mehr durchgeführt, so daß deren Auflösung ohne formale Zustimmung der Mitglieder erfolgte. Offensichtlich war zur Durchsetzung der neuen Parteiführung in Mainz und zur Disziplinierung der pfälzischen KPD nur der 16. Bezirksparteitag notwendig gewesen. So hatte der Parteitag auch für Herbert Müllers Sohn Herbert, der trotz seiner Funktion als Kreissekretär in Ludwigshafen als einziger Delegierter gegen die Auflösung des Bezirkes gesprochen hatte, noch direkte Folgen: Unmittelbar im Anschluß an den Parteitag berief Otto Niebergall nämlich für den 9. September 1948 eine Sitzung des Kreisvorstandes ein, um „die innerparteiliche Situation im Kreis Ludwigshafen selbst zu klären“. An seiner Stelle vertrat dann aber Willy Feller das Sekretariat. Feller bezeichnete einleitend den 16. Bezirksparteitag als schlechtesten Parteitag in der Geschichte der Partei. Ausdruck habe dies in der Ablehnung des neuen

Organisationsmodells durch 44 Genossen gefunden. Verantwortlich hierfür sei letztlich Herbert Müller. Sein Sohn habe ihm mit seinem Redebeitrag keinen Gefallen getan. Allerdings solle nun keineswegs die Familie Müller „liquidiert“, sondern nur geklärt werden, welche Funktion sie in Zukunft an welchem Ort einnehmen werde. Herbert Müller habe den Landesverband Hessen-Pfalz gut geleitet, sei aber mit dem Landesverband Rheinland-Pfalz überfordert worden. Bereits auf dem 2. Parteitag der SED sei über die Ablösung Müllers gesprochen worden. Der Landesvorstand sei von Ludwigshafen nach Mainz verlegt worden, da dort qualifizierte Genossen säßen. Abschließend betonte Feller, daß Herbert Müller junior auf Grund seines Alters mit der Kreisleitung Ludwigshafen überfordert sei. Dies hatte seine unmittelbare Absetzung als Kreissekretär zur Folge, obwohl sich Müller junior in der anschließenden Diskussion von seinem Vater distanzierte<sup>96</sup>.

Die 26. Landesvorstandssitzung der KPD in Rheinland-Pfalz wies anschließend Berichte über eine Säuberung der rheinland-pfälzischen KP im Zusammenhang mit Herbert Müller senior energisch zurück, da Müller nach wie vor dem „engeren Sekretariat“ des Landesvorstandes und damit dem eigentlichen Entscheidungsträger der KPD in Rheinland-Pfalz angehöre, den nur Otto Niebergall, Wilhelm Prinz, Willy Feller, Herbert Müller und Wolfgang Greisinger bildeten<sup>97</sup>. Damit verstummte jedoch keineswegs die Kritik an Herbert Müller: So kritisierte z.B. der PV der KPD am 29. Oktober 1948 in einer Stellungnahme zur Arbeit des Landessekretariats in Rheinland-Pfalz insbesondere die Arbeit in der BASF, für die wiederum Herbert Müller innerhalb des „engeren Sekretariats“ verantwortlich war<sup>98</sup>.

Am 14. Oktober 1948 wurde das Wahlprogramm der KPD zu den Kommunalwahlen am 14. November 1948 veröffentlicht. Darin forderte die Partei u.a. eine demokratische Gemeindeordnung, Sparsamkeit, Sauberkeit und öffentliche Kontrolle der Verwaltung, eine Verbesserung der Versorgung, der sozialen Fürsorge und des Wohnungswesens, eine Übernahme lebenswichtiger Betriebe in die Verwaltung der Gemeinden, eine demokratische Schulreform und für Frauen und Jugendliche den gleichen Lohn bei gleicher Arbeit. Zur Erreichung möglichst vieler Kandidaturen auch auf dem Lande wurden von der KPD Listenverbindungen mit „Freunden der sozialistischen Einheit“ und Bauerngruppen angestrebt. Eine bereits erfolgte Listenverbindung der KPD mit der SPD-Ortsgruppe in Lambrecht wurde jedoch auf Anweisung des SPD-Bezirksvorstandes wieder zurückgezogen<sup>99</sup>.

Während die SPD am 14. November 1948 gegenüber den Kreistagswahlen 1946 erhebliche Stimmengewinne erzielen konnte, gelang der KPD mit 87 327 Stimmen gegenüber 87 186 im Jahr 1946 auf Kreisebene nur ein leichter Gewinn. Gegenüber der Landtagswahl von 1947 bedeutete das Ergebnis sogar einen Verlust von 13 492 Stimmen und einen Rückgang des Wähleranteiles von 8,7% auf 7,2%. Allerdings konnten im Vergleich der Regierungsbezirke zwischen 1946 und 1948 in der Pfalz (44 365 gegenüber 40 899) Gewinne erzielt werden. Im Vergleich zur Landtagswahl wurden allerdings in sämtlichen Regierungsbezirken deutlich Stimmen verloren. Während sich in der Pfalz die Kreistagsmandate von 26 auf 29 erhöhten, war landesweit insgesamt ein Verlust von 8 Kreistagsmandaten zu verzeichnen. Auch die Gemeinderatswahlen ergaben gegenüber 1946 für die KPD nur begrenzte Erfolge: So wurden Zugewinne in Neustadt (2 473 gegenüber 1 810) und Kaiserslautern (3 865 gegenüber 3 520) durch Stimmenverluste in Ludwigshafen (8 473 gegenüber 9 459), Frankenthal (1 477 gegenüber 1 666), Speyer (1 134 gegenüber 1 615), Zweibrücken (1 579 gegenüber 1 885) und Pirmasens (2 927 gegenüber 3 817) aufgehoben. Während die Wahlergebnisse in den Städten noch immer hoch waren (Neustadt 20,6%, Ludwigshafen 17,8%, Kaiserslautern 17,1%, Pirmasens 15,9%) ergab sich in den ländlichen Landesteilen für die KPD ein Rückgang der Wählerstimmen. Insgesamt wurden in Rheinland-Pfalz 380 kommunistische Mandate (gegenüber 616 im Jahr 1946) über Parteilisten und 53 auf Freien Listen gewonnen<sup>100</sup>.

Die KPD sah zwar ihre Position nach der Kommunalwahl in Rheinland-Pfalz als im wesentlichen behauptet an, war aber von dem Wahlergebnis nicht befriedigt, da es nicht „den politischen Möglichkeiten“ entsprach. Der Stimmenrückgang gegenüber der Landtagswahl wurde mit der geringeren Wahlbeteiligung, der hohen Zahl ungültiger Stimmen und ihrer Benachteiligung z.B. durch das Redeverbot für SED-Vertreter begründet. Die Erfolge in Neustadt und Kaiserslautern wurden auf die gute Parteiliste in Gewerkschaft und Betrieben zurückgeführt. Der Wahlerfolg in Neustadt wurde sogar vom PV der KPD als hervorragendes Beispiel für die Gesamtpartei bewertet. Die in vielen Gemeinden vorhandene Mehrheit der Sitze für SPD und KPD sollte zur Durchsetzung „fortschrittlicher Mindestprogramme“ genutzt werden. Jedoch wurde auch auf die Notwendigkeit des verstärkten außerparlamentarischen Kampfes hingewiesen, der vor allem die „proletarischen Nichtwähler“ erreichen sollte. Auch beabsichtigte man, sich mehr an die weiblichen Wähler zu wenden, da diese bei den Wählern der KPD im Verhältnis zur Gesamtwählerschaft deutlich unterrepräsentiert waren<sup>101</sup>.

Allerdings ergab sich die von der KPD erhoffte Zusammenarbeit nach der Kommunalwahl mit der SPD in Gemeinden mit einer linken Mehrheit nur in wenigen Orten, da die SPD die Große Koalition mit der CDU im Landtag nun auch verstärkt auf kommunaler Ebene fortsetzte. So wurde z.B. am 10. Januar 1949 in Ludwigshafen der seit 27. November 1945 amtierende kommunistische Zweite Bürgermeister Max Frenzel vom Stadtrat trotz einer Mehrheit von KPD und SPD abgewählt. Ebenso erging es den bisherigen Beigeordneten Brill in Kaiserslautern, Westermann in Frankenthal und Kuhn in Zweibrücken. Dagegen wurden am 16. Dezember 1948 in Neustadt der kommunistische Beigeordnete Manderschied vom neuen Stadtrat bestätigt. In Lambrecht wurde der kommunistische Beigeordnete Kimmel zwar im November 1948 abgewählt, aber am 10. Oktober 1949 gemeinsam von den SPD- und KPD-Stadträten dann doch wieder in sein Amt berufen. Mit insgesamt 11 Bürgermeistern und 6 Beigeordneten war die Rolle der KPD in Rheinland-Pfalz nach der Kommunalwahl 1948 also auf Gemeindeebene noch keineswegs auf die parlamentarische Opposition beschränkt<sup>102</sup>.

Am 3. Januar 1949 berief die 8. PV-Tagung der KPD für den 5. und 6. März 1949 eine Delegiertenkonferenz in Solingen ein<sup>103</sup>. Die 8. PV-Tagung spielte jedoch auf der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes am 4. Januar 1949 keine Rolle. Das Sekretariat behandelte erstmals den Entwurf einer EntschlieÙung zum Landesparteitag, in dem erneut das Toleranzabkommen im Landtag kritisiert sowie der alten Landesleitung unter der Führung von Herbert Müller „mangelnde Kollektivität“ vorgeworfen wurde<sup>104</sup>. Auf der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes am 12. Januar 1949 wurde dann im Rahmen einer achtstündigen Debatte die nun ausformulierte „EntschlieÙung des 3. Landesparteitages der KPD Rheinland-Pfalz“ diskutiert. Erneut wurde im Abschnitt „Lehren aus der vergangenen Arbeitsperiode“ ausdrücklich die Absetzung Herbert Müllers als Landes- und Fraktionsvorsitzender gerechtfertigt. Offensichtlich tief getroffen erschien Herbert Müller anschließend bis 22. April 1949 zu keiner Sitzung des Landessekretariats mehr<sup>105</sup>.

Auf der Solinger Delegiertenkonferenz am 5. und 6. März 1949 stellte die rheinland-pfälzische KPD nur 30 der über 1 000 Delegierten. Otto Niebergall referierte über das deutsch-französische Verhältnis und betonte, daß in Frankreich inzwischen „die Kräfte der Reaktion“ vorherrschend wären<sup>106</sup>. Der rheinland-pfälzische Landesvorstand befaÙte sich am 13. März 1949 mit der Solinger Delegiertenkonferenz. Allerdings waren von 83 Mitgliedern nur 37 erschienen. Da erneut auch Herbert Müller fehlte, beauftragte das Sekretariat am 15. März 1949 Otto Niebergall und Wilhelm Prinz, am kommenden Tag ein klärendes Gespräch

mit Müller „über sein Verhältnis zu Sekretariat, Landesvorstand und Partei“ zu führen<sup>107</sup>. Am 22. März 1949 informierte Prinz über das Gespräch: Danach habe Müller nicht die Absicht, Schritte gegen das Sekretariat, den Landesvorstand oder die Partei zu unternehmen. Er sei krank und deprimiert über das Verhalten von Willy Feller. Nach einem Urlaub sei er aber bereit, wieder mitzuarbeiten. Trotzdem forderte Willy Feller einen politischen Rückzug von Müller, da er auch im Landtag passiv sei, aber die KPD acht aktive Abgeordnete brauche<sup>108</sup>.

Am 9. April 1949 beschloß das Sekretariat, Herbert Müller aufgrund seines Fehlens im Landtag vorzuladen. Nachdem Müller nicht erschien, wurde Otto Niebergall erneut mit einem Gespräch beauftragt<sup>109</sup>. Tatsächlich nahm dann Herbert Müller am 22. April 1949 erstmals wieder an einer Sitzung des Sekretariats teil; Otto Niebergall gab die Ergebnisse der Aussprache mit Müller bekannt. Müller habe keine Opposition betrieben, sondern sei tatsächlich krank gewesen. Ab sofort übernehme Müller verantwortlich die Arbeit in der BASF, bilde gemeinsam mit Robert Weber, Fritz Baumgärtner und Max Frenzel das Sekretariat in Ludwigshafen und sei dort verantwortlich für Arbeit und Soziales. Unbeeindruckt von dieser Konfliktlösung forderte Willy Feller nun eine Ablösung von Arno Freiberg als Kreisvorsitzender in Kaiserslautern<sup>110</sup>.

Zum 3. Landesparteitag der KPD in Rheinland-Pfalz, der anlässlich des 100. Jahrestages des Pfälzischen Aufstandes 1849 für den 18. und 19. Juni 1949 nach Kaiserslautern einberufen worden war, erschienen 932 Delegierte. Sie vertraten 21 Betriebsgruppen, 58 Stadtteil- und 155 Ortsgruppen. Am Samstagmorgen führte die Partei zunächst zwei Vorkonferenzen mit den Themen „Die Solinger Beschlüsse und unsere Arbeit in den Massenorganisationen“ sowie „Die Landbevölkerung und der Kampf um nationale Einheit und Unabhängigkeit“ durch<sup>111</sup>. Gleichzeitig tagte der bisherige Landesvorstand. Von den 80 Mitgliedern war nur noch genau die Hälfte erschienen. Entsprechend wurde beschlossen, den neuen Landesvorstand auf 52 Mitglieder zu reduzieren<sup>112</sup>. Der eigentliche Parteitag wurde am Samstagnachmittag eröffnet. Das Referat hielt Otto Niebergall zum Thema: „Die KPD im Kampf um nationale Unabhängigkeit und Frieden“. Die öffentliche Abendveranstaltung des Parteitages stand unter dem Motto: „Nationale Front für Einheit, Unabhängigkeit und Frieden“. Gleichzeitig referierten Willy Feller in Frankenstein, Herbert Müller in Olsbrücken sowie Fritz Baumgärtner in Otterberg. Am Sonntag gab Wolfgang Greisinger den Tätigkeitsbericht des Sekretariats. In der anschließenden Diskussion sprachen 22 Delegierte. Abschließend wurden die 52 Landesvorstandsmitglieder, darunter Otto Niebergall als Landesvorsitzender

sowie Herbert Müller, Wolfgang Greisinger, Friedel Janecek, Leo Schieder und Ernst Buschmann als Mitglieder des Sekretariats gewählt. Aus den Reihen der Delegierten wurde Herbert Müller als stellvertretender Landesvorsitzender vorgeschlagen, was Müller jedoch ablehnte. Die Entschließung des Parteitages wurde um die Formulierung der neuen Hauptaufgabe der Nationalen Front erweitert, aber ansonsten von den Delegierten unverändert bestätigt. Der ebenfalls als Chefredakteur und damit auch als weiteres Sekretariatsmitglied bestätigte Willy Feller bewertete rückblickend den Parteitag in „Neues Leben“ als Markstein in der Parteientwicklung. Es bestehe eine zunehmende ideologische und politische Klarheit<sup>113</sup>.

Auf der Sitzung des Sekretariats am 7. Juni 1949 wurde erstmals über die Landesliste der KPD zur Bundestagswahl gesprochen. Dabei plädierte Otto Niebergall für die Besetzung von Platz 2 durch ein Mitglied der Betriebsgruppe der BASF, während Herbert Müller Fritz Baumgärtner für Platz 2 vorschlug. Willy Feller sprach sich eindeutig gegen Baumgärtner aus und forderte Platz 2 für ein Mitglied des Sekretariats<sup>114</sup>. Unmittelbar nach dem 3. Landesparteitag konkretisierte das Sekretariat seine Vorstellungen über die Besetzung der Landesliste: Otto Niebergall wurde für Platz 1, Reinhold Gerhard von der Betriebsgruppe der BASF für Platz 2, Willy Feller für Platz 3 vorgesehen. Der Platz 4 sollte durch einen Vertreter des Kreises Neustadt, der Platz 5 durch einen Vertreter des Kreises Koblenz und der Platz 6 durch einen Vertreter des Kreises Ludwigshafen - entweder Fritz Baumgärtner oder Herbert Müller - wahrgenommen werden. Zusätzlich wurde Willy Feller der Wahlkreis Ludwigshafen zugesagt<sup>115</sup>.

Allerdings nahmen dann die Wahlkreisversammlungen am 3. Juli 1949 einen für das Sekretariat überraschenden Verlauf: So sprach sich die Ortsgruppen in Ludwigshafen für Fritz Baumgärtner statt Willy Feller aus. Die Folgen hatte Herbert Müller am 5. Juli 1949 auf der Sitzung des Sekretariats zu tragen: Laut Otto Niebergall war die Entscheidung für Baumgärtner eine Torpedierung des Sekretariats und eine Fortsetzung der Ereignisse auf dem 3. Landesparteitag. Willy Feller stellte fest, daß die Wahlversammlung in Ludwigshafen-Friesenheim durch Herbert Müller fraktionell vorbereitet gewesen sei, um seine Kandidatur zu verhindern. Die Betriebsgruppe BASF und die Stadtteilgruppe Nord hätten sich ebenfalls für Baumgärtner ausgesprochen. Herbert Müller müsse aus dem Sekretariat sowie aus dem Kreissekretariat in Ludwigshafen abgewählt werden, da er dort fraktionell tätig sei. Müller bestritt eine fraktionelle Vorbereitung der Delegiertenkonferenz, worauf Feller ihm ein

doppeltes Spiel vorwarf. Friedel Janecek bestritt eine Erkrankung Müllers und stellte fest, daß Müller nicht den Vorschlag des Sekretariats, nämlich Willy Feller, in Ludwigshafen unterstützt habe. Wolfgang Greisinger kritisierte das monatelange Fehlen Müllers im Sekretariat. Willy Feller bekräftigte, daß auch der 3. Landesparteitag fraktionell vorbereitet gewesen sei. Ausdruck habe dies in dem Vorschlag gefunden, Müller zum stellvertretenden Landesvorsitzenden zu wählen. Abschließend faßte Otto Niebergall zusammen: Ludwigshafen sei geprägt von „Versöhnlern“, darunter Herbert Müller, was auch die Ursache des Konflikts zwischen Müller und Feller sei. Fritz Baumgärtner müsse zugunsten von Willy Feller verzichten<sup>116</sup>.

Zunächst einmal ging Herbert Müller einer weiteren Konfrontation aus dem Weg, indem er sich für die Sekretariatssitzungen am 8. und 15. Juli 1949 mit Aufsichtsratssitzungen entschuldigte. Daraufhin beschloß das Sekretariat am 8. Juli 1949, daß Müller zur nächsten Sitzung am 15. Juli 1949 zu erscheinen habe. Einer Aufforderung, der Müller nicht nachkam. Entsprechend beschloß das Sekretariat, daß Müller unter diesen Umständen kein Mitglied des Sekretariats mehr sein könne. Gleichzeitig wurde die innerparteiliche Isolierung Müllers fortgesetzt: So wurde auf Vorschlag des Sekretariats zur Besetzung der Landesliste zur Bundestagswahl der Neustadter Karl Breyer von Platz vier auf sieben verschoben, da Willy Feller Bedenken äußerte. Breyer war Schwager von Ludwig Manderschied, dem wiederum Verbindungen zu Müller nachgesagt wurden<sup>117</sup>. Auf den Wahlkreiskonferenzen am 10. Juli 1949 konnte das Sekretariat seine Linie letztlich durchsetzen: So wurde nun doch Willy Feller für den Wahlkreis Ludwigshafen-Frankenthal nominiert. Fritz Baumgärtner mußte sich mit dem Wahlkreis Zweibrücken-Pirmasens begnügen. Herbert Müller erhielt als einziges Mitglied des bisherigen Sekretariats keinen Wahlkreis<sup>118</sup>.

Nun überstürzten sich die Ereignisse: Während der PV sich damit einverstanden erklärt hatte, daß Müller nicht mehr Mitglied des Sekretariats war und auf eine „ordnungsgemäße Erledigung“ der Angelegenheit drängte, hatte Hans Hauck vorab schon im Kreis Speyer verkündet, daß ein Parteiverfahren gegen Müller laufe. Willy Feller war deshalb der Ansicht, daß die Maßnahmen nun sofort eingeleitet werden müßten. Laut Otto Niebergall war der erste Schritt hierzu die Abberufung von Müller aus dem Sekretariat. Friedel Janecek war der Ansicht, daß Müller auch seine Mandate zur Verfügung stellen müßte. Diese Frage solle mit Ludwigshafen abgeklärt werden<sup>119</sup>.

Auf der Sekretariatssitzung vom 15. Juli 1949 lag ein vom stellvertretenden Parteivorsitzenden Kurt Müller mit gleichem Datum unterzeichnetes Schreiben des PV vor, das in Bezugnahme auf ihm zugespielten „Tito-Materialien“ - es handelte sich um Informationsbroschüren der jugoslawischen Botschaft - aus dem Besitz von Herbert Müller feststellte, daß Müller „einen engen gruppenmässigen Kontakt mit jugoslawischen Stellen organisiert“ habe. Seine „Haltung zur Parteileitung und zu verschiedenen Problemen“ decke sich mit Erscheinungen, „wie sie die parteifeindliche Tito-Clique praktiziert“. Müller wurde aufgefordert, dem PV innerhalb von acht Tagen eine ausführliche politische Erklärung „unter Nennung von Namen und Adressen zu Jugoslawien“ zu übermitteln<sup>120</sup>.

Am 16. Juli 1949 trat in Mainz erneut das Sekretariat zusammen. Bei dieser Gelegenheit wurde Herbert Müller der Brief des PV übergeben. Müller erklärte sich mit dem Vorgehen einverstanden, betonte aber, nie im Gegensatz zur Partei gestanden zu haben. Außerdem gab er bekannt, auf der Landesliste zur Bundestagswahl nicht kandidieren zu wollen. Der stellvertretende Parteivorsitzende Walter Fisch begrüßte diese Entscheidung und betonte, daß Müller bis zum Abschluß der Angelegenheit kein Mitglied des Sekretariats sein könne. Auch mit dieser Entscheidung zeigte sich Müller einverstanden, erklärte jedoch, Mitglied des Landesvorstandes bleiben zu wollen. Otto Niebergall betonte noch einmal Müllers Funktionsentzug in Ludwigshafen sowie bis auf weiteres seine Nichtverwendung als Referent und forderte Müller abschließend auf, die Erklärung so rasch wie möglich zu verfassen<sup>121</sup>.

Am 14. August 1949 erhielt die KPD in Rheinland-Pfalz 88 948 Stimmen (6,2%), weshalb auch nur Otto Niebergall über die Landesliste der Einzug in den Bundestag gelang. Mit diesem Ergebnis hatte die KPD zwar in Rheinland-Pfalz einen kleinen Gewinn gegenüber der Kommunalwahl von 1948 (87 327) erzielt, war aber erneut deutlich unter dem Ergebnis der Landtagswahl von 1947 (100 819) geblieben. Immerhin hatte sie jedoch das bundesweite Ergebnis der Partei um 0,5% und in der Pfalz mit 9,3% (47 092) sogar deutlich das Kreistagswahlergebnis von 1948 (44 365) überboten. Dies, obwohl die pfälzischen Kommunisten vorher ständig in der Kritik des Sekretariats gestanden hatten<sup>122</sup>.

Nach der Bundestagswahl erfolgte die Umwandlung der KPD in eine „Partei neuen Typus“ nach dem Vorbild der SED und KPdSU. Auftakt zur Umwandlung der rheinland-pfälzischen Landesorganisation war die Durchführung des Parteiverfahrens gegen Herbert Müller. Am 23. August 1949 wurde er per Telegramm für den folgenden Tag nach Frankfurt zu Kurt



Müller vorgeladen. Dort wiederholte dieser noch einmal die bereits am 15. Juli 1949 schriftlich formulierten Vorwürfe und Aufforderungen, was den Entfernungsprozeß zwischen Herbert Müller und der KPD nur beschleunigte<sup>123</sup>.

Trotzdem demonstrierte die KPD ihren ehemaligen Landesleiter weiter: Das Sekretariat des PV der KPD beschloß am 13. September 1949 eine Untersuchung gegen ihn einzuleiten und bekräftigte, seine Funktionen ruhen zu lassen<sup>124</sup>. Bereits am 14. September 1949 wurde Herbert Müller auf einer Sitzung der kommunistischen Stadtratsfraktion in Ludwigshafen erstmals aufgefordert, von seinem Fraktionsvorsitz zurückzutreten. Aus Protest gegen dieses Vorgehen gab daraufhin noch am gleichen Tag Stadtrat Friedrich Wagner sein Mandat an die Partei zurück und erklärte seinen Austritt aus der KPD. In seiner Begründung verwies er darauf, daß die Ächtung Müllers ohne Urteil erfolge, „um gegebenenfalls durch die Ächtung zu einem Urteil zu gelangen“<sup>125</sup>.

Am 17. September 1949 erschien in „Neues Leben“ ein Artikel von Kurt Müller: „Besteht die Gefahr des Titoismus in unserer Partei?“. Darin verwies er auf die ersten Erfolge der „marxistisch-leninistischen Festigung“ der Parteiorganisation und bezeichnete das Nachlassen der Kritik an der antisowjetischen Entwicklung in Jugoslawien als Fehler. Dieses Versäumnis gelte es nachzuholen. Weiter kritisierte er eine Zurückführung des schlechten Ergebnisses der KPD bei der Bundestagswahl auf deren Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und die Verteidigung der SED. Die rheinland-pfälzischen Kommunisten begannen sofort nach dem Artikel von Kurt Müller mit der Kritik an der „Verrätergruppe Titos“, rechtfertigten die in Osteuropa anlaufenden Schauprozesse und forderten ein entschlossenes Vorgehen gegen Parteifeinde<sup>126</sup>.

Entsprechend beschloß das Sekretariat am 19. September 1949, die „Angelegenheit Herbert Müller“ für eine breite Kampagne inner- und außerhalb der Partei zu nutzen. Innerhalb der Organisation sollte eine breite Diskussion entfaltet und diese durch „Neues Leben“ nach außen getragen werden. Grundlage sollte das Parteiverfahren gegen Herbert Müller sein, das ihm zur Last legte: „a) Parteifeindliche Verbindungen, die die Gefahr des Titoismus in der Organisation fördern, b) Ständiges Zurückweichen vor den Maßnahmen der Militärregierung gegen die Partei, c) Selbstherrliches Verhalten und Fehlen von Kritik und Selbstkritik“. Gleichzeitig sollte mit den „alten Genossen“ in Ludwigshafen eine Aussprache über das Mißtrauen gegen die Parteileitung in Mainz und die Ablehnung von Willy Feller erfolgen<sup>127</sup>.

Bereits einen Tag später forderte das Sekretariat Herbert Müller erneut auf, den Fraktionsvorsitz im Ludwigshafener Stadtrat niederzulegen. Begründet wurde dies „wegen seines Versagens in der bisherigen Tätigkeit“ und mit dem Parteiverfahren<sup>128</sup>. Hierauf resignierte Müller endgültig und teilte am 21. September 1949 dem Ludwigshafener Oberbürgermeister seinen Rücktritt vom Fraktionsvorsitz mit<sup>129</sup>. So konnte auch auf dem „Auspracheabend“ des Sekretariats mit den „langjährigen Parteigenossen“ in Ludwigshafen, zu dem offiziell Fritz Baumgärtner, Max Frenzel und Albert Wildgruber für den 21. September 1949 eingeladenen hatten, um „vorhandene Mißverständnisse“ zu beseitigen, nicht mehr das erwünschte „gute, kameradschaftliche Verhältnis zwischen allen Genossinnen und Genossen“ hergestellt werden<sup>130</sup>.

Am 25. September 1949 erklärte der kommunistische Beigeordnete in Neustadt, Ludwig Manderschied, seinen Austritt aus der KPD und seinen Übertritt in die SPD. Manderschied begründete seinen Entschluß mit seiner politischen Selbsttäuschung nach 1945, in der Hoffnung auf ein Lernen der KPD aus ihren Fehlern vor 1933. Heute sei die Partei jedoch noch schwächer und falle von einem Extrem in das andere. Seine unabhängige Politik sei von der KPD als „bürgerlich-reformistisch“ bezeichnet worden. In der SPD sehe er eine bessere Plattform für sich<sup>131</sup>.

Völlig die Entwicklung verkennend, stellte das Sekretariat am 27. September 1949 nur selbstkritisch fest, im Fall Herbert Müller nicht entschlossen genug gehandelt zu haben<sup>132</sup>. Für den 28. September 1949 lud die Ludwigshafener KPD zu einer erweiterten Kreisvorstandssitzung ein, die nur einen „besonderen Tagesordnungspunkt“ umfaßte, nämlich „Besteht die Gefahr des Titoismus in unserer Partei?“<sup>133</sup>. Herbert Müller war jedoch nicht mehr bereit, sich weiter der Parteiinquisition zu stellen, sondern formulierte am gleichen Tag nach 30jähriger Zugehörigkeit zur kommunistischen Bewegung seine Austrittserklärung aus der KPD, der er gleichzeitig seinen Beitritt zur SPD folgen ließ<sup>134</sup>. Daraufhin entschloß sich der SPD-Bezirksvorstand, nachdem nach Manderschied und Müller am 28. September 1949 auch noch der Speyerer Regierungsrat Fritz Thiery und der Betriebstechniker der Stadtwerke Neustadt Franz Kuhn ihren Übertritt von der KPD zur SPD erklärten, diese Parteiwechsel am 30. September 1949 groß im Organ der pfälzischen Sozialdemokratie herauszustellen<sup>135</sup>. Durch die Indiskretion eines Druckers der „Freiheit“ wurde aber der Parteiwechsel Herbert Müllers noch am Abend des 28. September der KPD bekannt und auf der erweiterten Kreisvorstandssitzung in Ludwigshafen auch thematisiert. Vorsorglich wurde für den Fall der Be-

stätigung ein Parteiausschluß Müllers vorgenommen. Da Herbert Müller aber selbst in der eigenen Familie nicht über seine Absicht gesprochen hatte, wurde sein Übertritt zur SPD auf der Kreisvorstandssitzung von seinem Sohn Walter öffentlich bezweifelt<sup>136</sup>. Noch am gleichen Abend suchten die mit ihm befreundeten KPD-Stadträte Georg Süß und Lina Herbst Herbert Müller auf. Ihnen gegenüber bekundete Herbert Müller, noch immer Mitglied der KPD zu sein<sup>137</sup>.

So verbreitete der am 30. September 1949 in der „Freiheit“ veröffentlichte Austritt Herbert Müllers aus der KPD und sein Übertritt zur SPD doch noch die von der SPD erhoffte Unruhe in der pfälzischen KPD. Müller begründete seine Entscheidung mit der persönlichen Demütigung durch die KPD. Diese sei stärker gewesen als die Demütigung, die er durch die Nationalsozialisten erlebt habe. Dabei verwies er auf seine Konflikte mit Willy Feller, die nicht nur zur Ablösung Arno Freibergs als Chefredakteur von „Neues Leben“ geführt hatten, sondern auch die Beschäftigung seines Sohnes Walter beim Parteiorgan bedrohten. Seine erfolgreiche Arbeit als Fraktionsvorsitzender der KPD sei durch Otto Niebergall und Willy Feller mit der Begründung „er sei zu menschlich“ beendet worden. Dazu bemerkte Herbert Müller, daß er sich immer bemüht habe, den politischen Gegner zu achten. Weiter verwies er darauf, daß er niemals eine Plattform mit Tito oder eine Opposition innerhalb der KPD gebildet habe<sup>138</sup>.

„Neues Leben“ gab am 1. Oktober 1949 den „Ausschluß des Tito-Agenten Herbert Müller“ aus der KPD auf Beschluß des PV bekannt. In der Begründung wurde der Landesverband vom PV zu einer gründlichen Diskussion und ideologischen Festigung aufgerufen. Herbert Müller sei seit Monaten einer parteifeindliche Tätigkeit durch den Aufbau von „Tito-Agenturen“ nachgegangen. Einer Klärung vor den Mitgliedern sei er ausgewichen. Die Aufnahme in die SPD habe er sich durch die Übergabe von KPD-Material erkaufte. Der PV bestätigte die Existenz eines schon länger tätigen Untersuchungsausschusses der KPD gegen Herbert Müller, der ihm nun moralische Verkommenheit bescheinigte. Zum Austritt von Ludwig Manderschied erklärten Parteifunktionäre aus Neustadt, daß dieser seit Monaten keine direkte Verbindung zur KPD mehr gehabt habe und forderten den Landesvorstand auf, gegen solche „Schwächlinge und Parteifeinde“ vorzugehen<sup>139</sup>.

Am 2. Oktober 1949 trat der Landesvorstand zusammen. Das Referat hielt das Mitglied des Sekretariats des PV der KPD, Hermann Nuding. Er führte den „Fall Herbert Müller“ auf man-

gelnde Kontrolle durch die Partei und eine „sträfliche Duldsamkeit“ zurück. Müller beschimpfte er als „stinkende Blase, stinkenden Leichnam und Geschwür“. Wer, wie Müller, die gegnerischen Argumente achte, erkenne sie an<sup>140</sup>. Am 4. Oktober 1949 forderte das Sekretariat Herbert Müller schriftlich auf, seine Mandate an die KPD zurückzugeben. Ansonsten behalte sich die Partei „alle weiteren Schritte vor“, ohne daß Landesvorsitzender Niebergall diese Drohung genauer ausführte<sup>141</sup>. Ritualhaft verurteilten nun die rheinland-pfälzischen Kommunisten Herbert Müller in ihren Versammlungen<sup>142</sup>. Dies war für die Partei auch von großer Wichtigkeit, da keinesfalls klar war, wie viele Kommunisten sich noch am Beispiel Herbert Müllers orientieren und der Aufforderung der SPD zum Übertritt folgen würden. So bewahrheiteten sich zwar Pressemeldungen, daß auch die Gewerkschaftsfunktionäre Baumgärtner<sup>143</sup> und Liebel<sup>144</sup> zur SPD übergetreten seien, im Jahr 1949 noch nicht. Allerdings folgte bereits am 8. Oktober 1949 mit Hermann Reinfrank ein Mitglied der Ludwigshafener Kreisleitung Herbert Müller in die SPD<sup>145</sup>. Entsprechend mußten am 11. Oktober 1949 unter dem Motto „Die Krise der Parteifeinde“ die beiden Söhne Müllers ihre Treue zur KPD in „Neues Leben“ öffentlich bekunden<sup>146</sup>. Anschließend wurden letztere in dem kurzen Zeitraum bis zum Parteiaustritt von Herbert Müller junior bzw. zum Parteiausschluß von Walter Müller im Januar 1950 wiederholt als Kronzeugen für die Isolierung von Herbert Müller in der KPD zitiert<sup>147</sup>.

Am 24. Oktober 1949 luden die Ludwigshafener Kommunisten Herbert Müller für den 3. November 1949 zu einer öffentlichen Diskussionsversammlung mit Otto Niebergall über seinen „Parteiausschluß“ ein. Dort sollte er erneut aufgefordert werden, seine Mandate an die KPD zurückzugeben. Bemerkenswerterweise wurde Herbert Müller nicht nur unbeschränkte Redezeit zugesichert, sondern auch, daß er „ohne körperliche Schäden wieder nach Hause kommen“ würde<sup>148</sup>. Damit nicht genug, versuchte die KPD Müller zur Rückgabe seiner Mandate zu nötigen, in dem sie ihm im Weigerungsfalle die Veröffentlichung von Gestapounterlagen ankündigte, die belegen sollten, daß Herbert Müller zwischen 1933 und 1936 mit den Nationalsozialisten kooperiert habe. In seinem Antwortschreiben listete Herbert Müller seine illegale politische Tätigkeit auf und verwies abschließend auf einen Beschluß des Sekretariats vom März 1948, der die nun wiederholten Vorwürfe bereits als mißgünstigen Klatsch abgetan hatte. Offensichtlich solle nun jedoch die Sympathie für ihn in der KPD zerstört werden, da die Mitgliederzahlen rückläufig seien und die verbliebene Mitgliedschaft verunsichert sei. Ausgetretenen Mitgliedern werde Konsequenzen angedroht, wenn „die

Russen kommen“. Solche Drohungen bezeichnete Müller treffend als Ausdruck der tatsächlichen Schwäche der KPD<sup>149</sup>.

Am 12. Dezember 1949 wechselte der Zweibrücker Partei- und Fraktionsvorsitzende der KPD, Georg Kuhn, unter Beibehaltung seines Mandates zur SPD über. Daraufhin rief am 15. Dezember 1949 das Sekretariat zu erhöhter Wachsamkeit gegen Parteifeinde auf. In der Meldung fand sich jedoch ein peinlicher Lapsus: Im Zusammenhang mit einer Warnung vor dem „Tito-Agenten“ Herbert Müller wurde erstmals die Formulierung „nach seinem Austritt aus der Partei“ verwendet. Am nächsten Tag wurde die Warnung noch einmal abgedruckt und die offizielle Parteiversion „nach seinem Ausschluß“ wiedergegeben<sup>150</sup>. Weiterhin wurde gegen die gesamte Redaktion vom PV ein Untersuchungsverfahren wegen „Sabotage und ideologischer Abweichung“ eingeleitet. Chefredakteur Feller wurde ungenügende Wachsamkeit vorgeworfen<sup>151</sup>. Zusätzlich verpflichtete eine Betriebsgruppenversammlung bei „Neues Leben“ am 11. Januar 1950 die Mitglieder, „alle Beziehungen zu dem Tito-Agenten Müller, der im Dienste eines ausländischen Geheimdienstes arbeitet“, abubrechen. Walter Müller lehnte jedoch nur politische, aber nicht persönliche Kontakte zu seinem Vater ab. Gleiches galt für Herbert Müller junior<sup>152</sup>. Daraufhin wurden Walter Müller, seine Ehefrau Emilie und sein Schwager Willi Schmitz am 17. Januar 1950 durch das Landessekretariat aus ihrer Tätigkeit für die KPD entlassen und aus der Partei ausgeschlossen<sup>153</sup>.

Die Verfemung von Herbert Müller löste in der Folge einer Erosion sowohl unter der Mitgliedschaft als auch unter den Wählern der pfälzischen KPD aus. Am 18. Februar 1951 verließ mit dem Landesvorsitzenden der IG Metall, Fritz Baumgärtner, auch der erste Bezirksvorsitzende der pfälzischen KPD nach der Befreiung 1945 die Partei. Erneut stand nun die Kreisleitung Ludwigshafen im Mittelpunkt der Kritik, da sie den „Opportunismus“ von Baumgärtner gedeckt habe. Deshalb wurde für den 23. Februar 1951 eine außerordentliche Parteiarbeiterkonferenz einberufen, um die Parteiorganisation gegen die Parteifeinde zu aktivieren. Dort forderte das Sekretariat von Max Frenzel, der seit 1949 als Sekretär bei der Verwaltungsstelle Ludwigshafen der IG Metall beschäftigt war, eine öffentliche Distanzierung von Baumgärtner. Da Frenzel dieser Aufforderung nicht nachkam, wurde er erneut aus der KPD ausgeschlossen<sup>154</sup>.

Vor dem Hintergrund dieser innerparteilicher Zerwürfnisse überrascht nicht, daß die KPD am 29. April 1951 mit 62 483 Stimmen (4,4%) ihr bisher schlechtestes Ergebnis in Rheinland-

Pfalz erzielte und aus dem Landtag ausschied. Nur in der Pfalz hatte sie mit 32 363 Stimmen (6,4%) noch einmal die 5%-Hürde genommen. Aber auch bei der Kommunalwahl am 9. November 1952 mußte die KPD erhebliche Verluste gegenüber 1948 hinnehmen. So war sie z.B. nur noch in zwei pfälzischen Kreistagen (Kusel und Ludwigshafen) vertreten, allerdings mit 5,3% erneut im Bezirkstag. Auf der Gemeindeebene erreichte sie den Wiedereinzug nur in ihren bisherigen Schwerpunkten. Leichte Stimmengewinne gegenüber 1948 gab es dabei nur in Speyer und Schifferstadt. Im Kreis Kusel konnte sie erneut zwei Ortsbürgermeister stellen. Die gewählten kommunistischen Abgeordneten konnten ihre Mandate noch über das am 17. August 1956 erfolgte KPD-Verbot hinaus bis zur Kommunalwahl am 11. November 1956 wahrnehmen. Danach war den verbliebenen pfälzischen Kommunisten bis zur Konstituierung der DKP am 24. September 1968 nur noch eine illegale Betätigung möglich<sup>155</sup>. Allerdings kam die DKP in der Pfalz nie über das Stadium einer Splitterpartei hinaus, während Herbert Müller 1994 hoch angesehen als Ehrenbürger der Stadt Ludwigshafen verstarb.

Der Autor: Klaus J. Becker, geboren 1963 in Bockenheim an der Weinstraße, studierte von 1989 bis 1994 an der Universität Mannheim, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Neuere Geschichte und Politische Wissenschaft. Von 1994 bis 1999 promovierte er mit einem Stipendium der Hans-Böckler-Stiftung über „Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946-1956“. Abschluß der Promotion als Dr. phil. im Mai 1999. Seit 1997 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Stadtarchiv Ludwigshafen. Mehrere Veröffentlichung zur Regionalgeschichte der Arbeiterbewegung in Rheinhessen und der Pfalz.

---

<sup>1</sup> Vgl. Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/1919. Hrsg. und eingel. von Hermann Weber, Berlin 1993.

<sup>2</sup> Vgl. Stadtarchiv Ludwigshafen a. R., (im weiteren SLu), M 153 (Gesprächsprotokolle Hans Weber und Albert Graner) sowie Neues Leben, Jg. 2, Nr. 114.

<sup>3</sup> Vgl. Hermann, Alfred: Die Geschichte der pfälzischen USPD, Neustadt a. d. W. 1989, S. 191 ff.

<sup>4</sup> Vgl. Schiffmann, Dieter: Von der Revolution zum Neunstudientag. Arbeit und Konflikt bei BASF 1918-1924, Frankfurt a. M. / New York 1983.

<sup>5</sup> Vgl. Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Band 1, Frankfurt a. M. 1969.

<sup>6</sup> Vgl. „Zwei Jahre Kampf“. Bericht der Bezirksleitung an den 1. Bezirksparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands Bezirk Baden-Pfalz, Mannheim 1932, in: Antifa-Archiv Ludwigshafen/Rhein, Privat-Archiv Hermann W. Morweiser (im weiteren AFA-Lu), Ordner KPD 1930-1933.

<sup>7</sup> Der Aufruf vom 30. Januar zum Generalstreik wurde am 31. Januar 1933 von der KPD in der Pfalz als Flugblatt vertrieben. Ein Original ist als Dokument 6 abgedruckt, in: Morweiser, Hermann W.: Auch in Ludwigshafen gab es Widerstand gegen den Faschismus, Ludwigshafen a. R. 1981.

<sup>8</sup> Vgl. die Berichterstattung in der Arbeiter-Zeitung, Ludwigshafen zwischen dem 30. Januar und 1. Februar 1933.

<sup>9</sup> Vgl. Meinzer, Lothar: Die Pfalz wird braun, in: Die Pfalz unterm Hakenkreuz. Hrsg. von Gerhard Nestler und Hannes Ziegler, Landau 1997, S. 38; ebenda Braun, Günter: Sozialdemokratischer und kommunistischer Widerstand in der Pfalz, S. 384 und Salm, Fritz: Im Schatten des Henkers, Frankfurt a. M. 1979, S. 70 ff.

<sup>10</sup> Vgl. SLu, Nachlaß Herbert Müller (im weiteren NL HM) 53 sowie Weber, Hermann: Die Kommunisten, in: Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim. Hrsg. von Erich Matthias und Hermann Weber, Mannheim 1984, S. 259 f., Braun (Anm. 9), S. 388 f. und Salm (Anm. 9), S. 48 ff.

<sup>11</sup> Vgl. den Organisationsbericht der Bezirksleitung Baden-Pfalz vom 22 April 1933, in: AFA-Lu, Ordner KPD 1930-1933.

<sup>12</sup> Vgl. Dokument 18 und 40a bei Morweiser (Anm. 7).

<sup>13</sup> Mündliche Auskunft von Herbert Müller an den Verfasser am 20. Oktober 1993. Vgl. Neue Pfälzische Landes-Zeitung vom 3. Mai 1933. Eine ausführliche Darstellung der Herbert Müller zum Vorwurf gemachten Aktivitäten für die pfälzische KPD seit dem 30. Januar 1933 findet sich in seinem Haftbefehl vom 3. Mai 1933, in: SLu, NL HM 15. Einen Überblick über die politische Tätigkeit Müllers für die pfälzische KPD in der Weimarer Republik bis zu seiner Verhaftung am 2. Mai 1933 bietet Weber, Hermann: Der Kommunist in der Weimarer Republik, in: Der Mensch muß zur Geltung kommen. Zur Erinnerung an Herbert Müller. Hrsg. vom SPD-Stadtverband Ludwigshafen, SPD-Stadtratsfraktion Ludwigshafen, SPD-Ortsverein Ludwigshafen-Friesenheim, Ludwigshafen a. R. 1997, S. 12-17. Ebenda S. 17-23 der Zeitraum von Mai 1933 bis 1944 bei Braun, Günter: Zwischen Leid und Hoffnungen. Vgl. auch Morweiser Hermann W.: Georges RICARD = Roger Frederic CLARY = Herbert Müller, Ludwigshafen a. R. 1997, S. 3-14.

<sup>14</sup> Vgl. Stiftung „Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ im Bundesarchiv (im weiteren: SAPMO BArch), Zentrales Parteiarchiv der SED (im weiteren: ZPA), RY 1 / I 3/25/49.

<sup>15</sup> Vgl. Morweiser, Hermann: Vom antifaschistischen Widerstand in Speyer, Speyer 1983, S. 102 ff. und Dokument Nr. 49, in: Morweiser (Anm. 7).

<sup>16</sup> Vgl. Weber (Anm. 10), S. 329 ff. sowie Oppenheimer, Max: Der Fall Vorbote, Frankfurt a. M. 1969, S. 32 ff.

<sup>17</sup> Vgl. den Monatsbericht des Landratsamtes Kirchheimbolanden vom 27. September 1941 zur KPD in Marnheim. Veröffentlicht bei Lehna, Britta, in: Kirchheimbolanden. Die Geschichte der Stadt, Band II, Kirchheimbolanden 1992, S.76 ff.

<sup>18</sup> Vgl. Oppenheimer (Anm. 16), S. 35 f., Morweiser (Anm. 7), S. 43 sowie die Anklageschrift des Volksgerichtshofes vom 16. Dezember 1944 (11 J 352/44) gegen Karl Henrich und Josef Nann, in: AFA-Lu, Akte Karl Henrich.

<sup>19</sup> Vgl. Klocksinn, Jens Ulrich: Kommunisten im Parlament, Bonn 1994., S. 415 sowie „Es gilt den Kampf“. Hrsg. von der Verwaltungsstelle Frankenthal der Industriegewerkschaft Metall, Frankenthal 1984, S. 65 ff.

<sup>20</sup> Vgl. Kaps, Paul: Nur ein Gastspiel im Landtag, in: Die Rheinpfalz, Jg. 42, Ludwigshafen a. R. 1986, Nr. 276. Zur Rolle der Antifaschistischen Ausschüsse bei der Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland vgl. auch: Arbeiterinitiative 1945. Hrsg. von Lutz Niethammer, Ulrich Borsdorf und Peter Brandt, Wuppertal 1976.

<sup>21</sup> Mitgliederausweise und Mitgliederlisten dieser beider Gruppen sind im Privatbestand Klaus J. Becker, weitere der „Antinationalsozialistische Gruppe Lu-Oppau und Lu-Süd“ im SLu, NL HM 116 erhalten.

<sup>22</sup> Vgl. „Es gilt den Kampf“ (Anm. 19), S. 81 sowie Nestler, Gerhard: Zwischen Kontinuität und Neubeginn, in: Frankenthal einst und jetzt. Heft 1/2-1996. Hrsg. von der Stadtverwaltung Frankenthal, S. 41.

<sup>23</sup> Vgl. Wünschel, Hans-Jürgen: Angesichts der Trümmer, Otterbach 1987, S. 11 f. sowie SLu, NL HM 116 und SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1054.

<sup>24</sup> Vgl. Hauth, Ulrich: Die Politik von KPD und SED gegenüber der westdeutschen Sozialdemokratie, Frankfurt a. M. / Bern / Las Vegas 1978, S. 45 f. Zur weiteren Entwicklung des Verhältnisses von KPD und SPD in der Pfalz vgl. auch Stürmer, Vera / Hundinger, Ralf: „Wir kommen wieder“. Ende und Wiederaufbau der pfälzischen SPD 1929-1933 und 1945-1947, Mannheim 1995 sowie Becker, Klaus J.: Sozialdemokratie oder Sozialistische Einheitspartei in der Pfalz?, in: 125 Jahre SPD Pfalz. Hrsg. vom SPD-Bezirk Pfalz, Neustadt a. d. W. 1999.

<sup>25</sup> Mündliche Auskunft von Max Frenzel am 10. Januar 1958, in: Kohl, Helmut: Die politische Entwicklung in der Pfalz und das Wiederentstehen der Parteien nach 1945, Phil. Diss. Heidelberg 1958, S. 110. Vgl. auch SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1054.

<sup>26</sup> Mündliche Auskunft Herbert Müller an den Verfasser vom 20. Oktober 1993. Vgl. Kohl (Anm. 25), S. 110. Müllers Rückkehr hatte sich verzögert, da er im Juni / Juli 1945 in Paris für die Westleitung der KPD ein Parteiverfahren gegen den zeitweiligen Leiter der Parteiorganisation in Südfrankreich, Lex Ende, durchführte. Vgl. hierzu SLu, NL HM 104 und SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1054 sowie Becker, Klaus J. / Roser, Annette: Das Parteiverfahren gegen Lex Ende im Sommer 1945 in Paris. Dokumente aus dem Nachlaß Herbert Müller, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1998.

<sup>27</sup> So suchten im August 1945 per Fahrrad Herbert Müller und Heinrich Müsel im Bereich der Vorderpfalz und rund um den Donnersberg die ihnen bekannten Mitglieder der KPD auf. Viele davon waren durch die nationalsozialistische Diktatur physisch oder psychisch gebrochen und konnten für den Wiederaufbau der KPD nicht mehr gewonnen werden. Mündliche Auskunft von Heinrich Müsel an den Verfasser am 9. Februar 1995.

<sup>28</sup> Vgl. die Referentenmeldung der Ortsgruppe Speyer sowie das Manuskript des „Redner- Schulungskursus des Kreises Neustadt a.d.H. der KPD“, in: SLu, NL HM 149.

<sup>29</sup> Vgl. Vortragsdisposition Nr. 8 („Der Vaterländische Krieg der Sowjetunion“) und Nr. 9 („Die Bodenreform“) hektographiert, in: AFA-Lu; Vortragsdisposition Nr. 2 („Die Politik der KPD von 1933 bis August 1939“), Nr. 5 („Der Weg zum Sozialismus“), Nr. 10 („Unser neues Verhältnis zu den Bauern“), Nr. 15 („Zum 28. Jahrestag der Sozialistischen Oktoberrevolution“), Nr. 16 („Keine Wiederholung der Fehler von 1918“) und Nr. 19 („Die junge Generation und die antifaschistische Aufbaufront“) gedruckt, in: Privatbestand Klaus J. Becker. Zu den verwendeten Schulungsmaterialien im Bezirk Pfalz vgl. auch SAPMO BArch, ZPA, BY 1 78.

<sup>30</sup> Vgl. Hauth (Anm. 24), S. 45 f.

<sup>31</sup> Vgl. SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1054.

<sup>32</sup> Vgl. SAPMO BArch, ZPA, BY 1 373, Landesarchiv Speyer, (im weiteren: LA), V 52 / 128 sowie im DGB-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, (im weiteren: DGB-AsD), 1/AL/AA/12.

<sup>33</sup> Vgl. SAPMO BArch, ZPA, BY 1 78. Der Situationsbericht ist veröffentlicht, in: Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946. Hrsg. von Günter Benser und Hans-Joachim Krusch. Band 1: Protokolle des Sekretariats des ZK der KPD Juli 1945 bis April 1946. Bearbeitet von Günter Benser und Hans-Joachim Krusch unter Mitarbeit von Hans Meusel, München / New Providence / London / Paris 1993, S. 310 ff.

<sup>34</sup> Vgl. die Ausgaben der Rheinpfalz vom 21. November und 1. Dezember 1945 sowie den Sonderdruck, in: Pfälzische Heimatblätter, Jg. 14, 1966.

<sup>35</sup> Vgl. den Bericht der Bezirksleitung vom Dezember 1945, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 367.

<sup>36</sup> Für den Kreis Ludwigshafen hatten Herbert Müller, Lina Herbst und Ernst Graff, für den Kreis Frankenthal Ludwig Westermann, Georg Reffert und Karl Hasenzahl, für den Kreis Kaiserslautern Oskar Brill, Wilhelm Müller und Arno Freiberg, für den Kreis Kirchheimbolanden Christian Knittel und Günther Wilhelm, für den Kreis Landau Franz Laur, Fritz Laur und Karl Henrich, für den Kreis Neustadt Franz Braun, Otto Weber und Wilhelm Hähn, für den Kreis Speyer Josef Götz, Hugo Gerloff und Johann Kannegiesser, für den Kreis Zweibrücken Georg Kuhn, Karl Zimmermann und Alexander Hullet sowie für den Kreis Pirmasens Peter Grün, Luitpold Betz und Harald Brigaldino unterzeichnet. Vgl. SLu, NL HM 120.

<sup>37</sup> Vgl. die Originale der Anträge in deutscher und französischer Sprache, in: SLu, NL HM 120.

<sup>38</sup> Die Verordnung Nr. 23 wurde am 21. Dezember 1945 durch den Oberkommandierenden General Koenig im „Journal Officiel du Commandement en Chef Français en Allemagne“ verkündet. Sie ist abgedruckt bei Weitzel, Kurt: Vom Chaos zur Demokratie, Mainz 1989, S. 16 f.

<sup>39</sup> Vgl. das Original des Antrages, in: SLu, NL HM 120.

- 
- <sup>40</sup> Vgl. die Empfangsbestätigung des Ludwigshafener Oberbürgermeisters sowie die Anmeldung der Ortsgruppe Hoof (Kreis Kusel), in: SLu, NL HM 120.
- <sup>41</sup> Vgl. das Original des Schreibens, in: SLu, NL HM 120.
- <sup>42</sup> Vgl. das Original des Antrags vom 27. Januar, in: SLu, NL HM 120. Die Wiederzulassungsanträge der KPD sind auch überliefert, in: MINISTÈRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES (im weiteren: MDAE), Archives de l'occupation française en Allemagne et en Autriche (im weiteren AdO), Rhénanie-Palatinat (im weiteren RP), C 2316.
- <sup>43</sup> Vgl. SAPMO BArch, ZPA, NY 4182/859.
- <sup>44</sup> Vgl. SAPMO BArch, ZPA, BY 1 367.
- <sup>45</sup> Vgl. LA, H 12 Nr. 16 sowie Wünschel (Anm. 23), S. 14 ff. Mit solchen Erlebnisberichten beabsichtigte die KPD nicht nur die Gemeinsamkeiten mit der SPD zu betonen, sondern es sollte auch der selbst unter nahen Verwandten vorhandenen Ablehnung des Widerstandes von Kommunisten gegen den Nationalsozialismus entgegen gewirkt werden. Gegenüber dem Verfasser betonten mehrere Angehörige von verfolgten Kommunisten ihr Unverständnis über deren Widerstand und bestätigten das Verschweigen von KZ-Inhaftierungen im Bekanntenkreis nach 1945, da diese von der Mehrheit unter der deutschen Bevölkerung als berechtigt angesehen wurden!
- <sup>46</sup> Vgl. das Original in deutscher und französischer Sprache sowie die Bestätigung durch das Oberregierungspräsidium Hessen-Pfalz vom 11. Februar 1946, in: SLu, NL HM 120 und LA, H 12 Nr. 16. Klaus Hofmann führt die Lizenzierung der KPD als erste politische Organisation auf eine „Präferenz für linke Parteigruppierungen“ durch die Besatzungsmacht zurück. Vielmehr dürfte sich jedoch der organisatorische Vorsprung der KPD vor den anderen Parteien bei ihrer frühzeitigen Legalisierung ausgewirkt haben. Deren Gründungsschwierigkeiten schildert Hofmann selbst am Beispiel der CDU, in: 50 Jahre CDU Ludwigshafen, Ludwigshafen a. R. 1996, S. 17.
- <sup>47</sup> Mündliche Auskunft Herbert Müller an den Verfasser vom 20. Oktober 1993. Vgl. auch Wünschel (Anm. 23), S. 421 und Die Rheinpfalz, Jg. 1, Nr. 64 sowie das Schreiben der Militärregierung an die Kreisverwaltung Zweibrücken vom 12. Februar 1946, in: SLu, NL HM 120.
- <sup>48</sup> Vgl. das von Herbert Müller unterzeichnete Rundschreiben, in: SLu, NL HM 120. Die Ortsgruppe Frankenthal führte ihre Gründungsversammlung am 20. Februar 1946 mit 131 Teilnehmern durch. Vgl. Stadtarchiv Frankenthal, Best. III/205/3. Die Ortsgruppe Roxheim folgte am 21. Februar 1946 mit 24 Teilnehmern. Vgl. MDAE, AdO, RP, C 2316. Am 23. Februar 1946 führte die Ortsgruppe Ludwigshafen ihre erste offizielle Mitgliederversammlung durch. Als Redner trat der Bezirksvorsitzende der KPD, Herbert Müller, auf. Vgl. das Ankündigungsplakat und die Einlaßkarte, in: SLu, NL HM 150.
- <sup>49</sup> Vgl. den Aufruf der Kommunistischen Partei Landesleitung Hessen-Pfalz, in: AFA-Lu, Ordner KPD 1945-1948.
- <sup>50</sup> Mündliche Auskunft Herbert Müller an den Verfasser vom 20. Oktober 1993 und Weitzel (Anm. 38), S. 188.
- <sup>51</sup> Das Protokoll der Reichskonferenz ist veröffentlicht, in: Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946, Band 4: Protokoll der Reichskonferenz der KPD 2./3. März 1946. Bearbeitet von Günter Benser und Hans-Joachim Kusch, München / New Providence / London / Paris 1996, S. 2 ff.
- <sup>52</sup> Vgl. das Protokoll Nr. 13/70 der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPD vom 14. Februar 1946, in: Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946, Band 1 (Anm. 33), S. 171 f.
- <sup>53</sup> Vgl. das Veranstaltungsplakat und das Programmheft, in: SLu, NL HM 150.
- <sup>54</sup> Vgl. das Ankündigungsplakat und das Programm, in: SLu, NL HM 150.
- <sup>55</sup> Vgl. Die Rheinpfalz Jg. 1, Nr. 32 ff. und Pfälzische Volkszeitung Jg. 142, Nr. 1 ff.
- <sup>56</sup> Vgl. den Bericht vom 15. April 1946 von Arno Freiberg an Herbert Müller über den Bezirksparteitag der SPD, in: SLu, NL HM 150. Zu den Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD in der Pfalz vgl. auch SAPMO BArch, ZPA, NY 4036/635 sowie Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn (im weiteren: AsD), 0973 und den Arbeitsplan der Landesleitung der KPD: „1. Mai - der Einheit“, in: AFA-Lu, Ordner KPD 1945-1948, weiterhin Weitzel (Anm. 38), S. 191 ff. sowie Becker (Anm. 24).
- <sup>57</sup> Mündliche Auskunft Herbert Müller an den Verfasser vom 20. Oktober 1993 Vgl. das Protokoll Nr. 17/74 der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPD am 19. März 1946, in: Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946, Band 1 (Anm. 33), S. 190 ff. sowie das Protokoll Nr. 19/76 der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPD am 30. März 1946, in: Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946, Band 1 (Anm. 33), S. 198 ff.
- <sup>58</sup> Vgl. den Bericht über die Verhandlungen des 15. Parteitages der KPD, Berlin (Ost) 1946 sowie das Protokoll des Vereinigungsparteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) am 21. und 22. April 1946, Berlin (Ost) 1946. Die stenographische Niederschrift des 15. Parteitages der KPD ist veröffentlicht, in: Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946, Band 5: Protokoll des 15. Parteitages der KPD 19./20. April 1946. Bearbeitet von Günter Benser und Hans-Joachim Kusch, München / New Providence / London / Paris 1996., S. 3 ff.
- <sup>59</sup> Vgl. Feller, Willy: Triumph der Einheit, Ludwigshafen a. R. 1946.
- <sup>60</sup> Zum 1. Landesparteitag der KP Hessen-Pfalz vgl. KPD-Rundbrief Nr. 1, 1946, in: SLu, NL HM 153 sowie Die Rheinpfalz, Jg. 1, Nr. 65 ff. und Pfälzische Volkszeitung Jg. 142, Nr. 42. Die Wahrnehmung des Parteitages durch die pfälzische SPD, in: AsD 0973.
- <sup>61</sup> Verordnungen Nr. 50 bis 54 des Commandant en Chef Français en Allemagne. Vgl. Klaas, Helmut: Die Entstehung der Verfassung für Rheinland-Pfalz, Boppard a. R. 1978, S. 42.
- <sup>62</sup> Vgl. Pfälzische Volkszeitung, Jg. 142, Nr. 69 ff. sowie Die Rheinpfalz, Jg. 1, Nr. 95 ff.
- <sup>63</sup> Zitiert nach dem Protokollbuch der SPD-Heßheim, in: Nestler, Gerhard: Parteien, Wahlen, Koalitionen: Die politische Entwicklung Heßheims von 1945 bis 1990, in: Heßheim. Geschichte eines pfälzischen Dorfes. Band II. Im Auftrag der Ortsgemeinde Heßheim hrsg. von Erwin Schell und Gerhard Nestler, Heßheim 1993, S. 787.
- <sup>64</sup> Vgl. Pfälzische Volkszeitung, Jg. 142, Nr. 75 ff. sowie Die Rheinpfalz, Jg. 1, Nr. 102 ff.
- <sup>65</sup> Vgl. Pfälzische Volkszeitung, Jg. 142, Nr. 83 ff. sowie Die Rheinpfalz, Jg. 1, Nr. 110 ff.
- <sup>66</sup> Vgl. SAPMO BArch, ZPA, BY 1 365.
- <sup>67</sup> Vgl. Pfälzische Volkszeitung, Jg. 143, Nr. 37 und Die Rheinpfalz, Jg. 3, Nr. 35.
- <sup>68</sup> Vgl. SAPMO BArch, ZPA, NY 4036/642.
- <sup>69</sup> Vgl. Pfälzische Volkszeitung, Jg. 143, Nr. 37 und Die Rheinpfalz, Jg. 3, Nr. 35.
- <sup>70</sup> Vgl. das Programm der Abendveranstaltung, in: SLu, NL HM 159.
- <sup>71</sup> Vgl. SAPMO BArch, ZPA, BY 1 364 sowie Die Rheinpfalz, Jg. 3, Nr. 36.
- <sup>72</sup> Vgl. MDAE, AdO, RP, C 2316.
- <sup>73</sup> Vgl. SAPMO BArch, ZPA, BY 1 364.
- <sup>74</sup> Vgl. SAPMO BArch, ZPA, BY 1 373 und AsD, 01506. Das Schreiben ist auch abgedruckt bei Weitzel (Anm. 39), S. 192 f.
- <sup>75</sup> Vgl. Protokoll des 40. Bezirksparteitages der Sozialdemokratischen Partei Bezirk Pfalz am 26. und 27. April 1947 in Speyer a. Rh. Hrsg. von der Sozialdemokratischen Partei, Bezirk Pfalz, Neustadt a.d.H. 1947.
- <sup>76</sup> Vgl. die bei Weitzel (Anm. 38), S. 306 f. abgedruckte Wahrede Willy Fellers am 15. Mai 1947 in Neustadt.
- <sup>77</sup> Vgl. den „Aufruf an die Männer und Frauen des Rheinlandes und der Pfalz“, in: Die Rheinpfalz, Jg. 3, Nr. 37.
- <sup>78</sup> Mündliche Auskunft Helmut Kohl an den Verfasser vom 4. Juli 1996. Vgl. Dreher, Klaus: Helmut Kohl, Stuttgart 1998, S. 36 f. Auch in der Folge kam es in Ludwigshafen immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den politischen Gegnern, wobei



---

insbesondere die KPD im Zuge des Kalten Krieges zunehmend in die Defensive geriet und nach 1949 ihre Veranstaltungen unter Polizeischutz durchführen mußte. Vgl. hierzu die Erinnerungen von Manfred Lauer, in: Privatbestand Klaus J. Becker sowie zu den Konflikten zwischen CDU und SPD auch SLu, Nachlaß Heinrich Ries.

<sup>79</sup> Vgl. Die Wahlen und Volksabstimmungen in Rheinland-Pfalz in den Jahren 1946/1947. Hrsg. vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz Bad Ems, Bad Ems 1947.

<sup>80</sup> Vgl. Die Rheinpfalz, Jg. 3, Nr. 39 sowie die Ausgabe des Pressedienstes der KPD vom 22. Mai 1947, in: SLu, NL HM 156.

<sup>81</sup> Vgl. Neues Leben, Jg. 2, Nr. 31 sowie das Programm der Festwoche, in: SLu, NL HM 165.

<sup>82</sup> Vgl. SAPMO BArch, ZPA, NY 4036/644.

<sup>83</sup> Vgl. die Entschließung der Herner Konferenz der KPD, in: KPD 1945-1968. Dokumente. Hrsg. und eingel. von Günter Judick / Josef Schleifstein / Kurt Steinhaus, 2 Bände, Neuss 1989, S. 205 f. sowie Fisch, Walter: Sozialistische Volkspartei Deutschlands, Frankfurt a. M. 1948.

<sup>84</sup> Vgl. das Dossier des französischen Nachrichtendienstes in der FBZ über die pfälzische KPD vom Mai 1948, in: MDAE, AdO, RP, C 2316.

<sup>85</sup> Vgl. Staritz, Dietrich: Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Parteienhandbuch. Hrsg. von Richard Stöss, Opladen 1984, S. 1754.

<sup>86</sup> Vgl. Neues Leben, Jg. 2, Nr. 33.

<sup>87</sup> Mündliche Auskunft Herbert Müller an den Verfasser vom 20. Oktober 1993. Vgl. die Austrittserklärung Müllers aus der KPD vom 28. September 1949, in: Die Freiheit, Jg. 3, Nr. 115. Der französische Nachrichtendienst bestätigte die „Unfähigkeit“ Müllers und erwartete von der Nominierung Niebergalls eine Stärkung der Position der KPD sowohl nach innen als auch nach außen. Vgl. das Dossier des französischen Nachrichtendienstes in der FBZ über die pfälzische KPD vom Mai 1948, in: MDAE, AdO, RP, C 2316.

<sup>88</sup> Vgl. Neues Leben, Jg. 2, Nr. 34 ff.

<sup>89</sup> Vgl. das Dossier des französischen Nachrichtendienstes in der FBZ über die pfälzische KPD vom Mai 1948, in: MDAE, AdO, RP, C 2316: Der französische Nachrichtendienst vermutete als Gründe für den Umzug des Landesvorstandes nach Mainz die Nähe zum Sitz des PV in Frankfurt sowie eine erhoffte engere Anbindung der Bezirke im Rheinland an die Landesleitung. Außerdem sollte sich die Landesleitung in Mainz stärker örtlichen Einflüssen entziehen können, als dies bisher in Ludwigshafen der Fall gewesen war. Entscheidend für den Umzug dürfte jedoch die faktische Übernahme des Sekretariats der Landesleitung durch die bisherige Zonenleitung gewesen sein.

<sup>90</sup> Vgl. Neues Leben, Jg. 2, Nr. 44 sowie Informationen, Nr. 1 vom 8. Juni 1948. Herausgegeben nur für Mitglieder vom Landesvorstand Rheinland-Pfalz der Kommunistischen Partei - Die Sozialistische Volkspartei Deutschlands, in: SLu, NL HM 162.

<sup>91</sup> Vgl. Kaps (Anm. 20).

<sup>92</sup> Vgl. SLu, NL HM 165, Neues Leben, Jg. 2, Nr. 47 sowie Staritz (Anm. 85), S. 1760.

<sup>93</sup> Vgl. Neues Leben, Jg. 2, Nr. 70 und SLu, NL HM 163 sowie zur Wahrnehmung des 16. Bezirksparteitages durch die pfälzische SPD auch AsD 131.

<sup>94</sup> Vgl. SAPMO BArch, ZPA, NY 4036/644 und NY 4182/865.

<sup>95</sup> Mündliche Auskunft Herbert Müller an den Verfasser vom 20. Oktober 1993. Vgl. die Delegiertenunterlagen zum 16. Bezirksparteitag der Kommunistischen Partei Pfalz, in: SLu, NL HM 163.

<sup>96</sup> Vgl. das Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes Ludwigshafen, in: SLu, NL HM 163.

<sup>97</sup> Vgl. Die Freiheit, Jg. 2, Nr. 50 sowie Neues Leben, Jg. 2, Nr. 76 und das Sitzungsprotokoll, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1054.

<sup>98</sup> Vgl. die Stellungnahme des PV, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1054.

<sup>99</sup> Vgl. Neues Leben, Jg. 2, Nr. 82 ff.

<sup>100</sup> Vgl. Die Wahlen zu den Gemeinde-, Kreis- und Amtsvertretungen am 14. November 1948 in Rheinland-Pfalz. Endgültige Ergebnisse. Hrsg. vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz Bad Ems, Bad Ems 1948 sowie das Protokoll der Landesvorstandssitzung der KPD vom 13. März 1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1044.

<sup>101</sup> Vgl. Neues Leben, Jg. 2, Nr. 96 ff. sowie das Protokoll der Landesvorstandssitzung der KPD, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1054.

<sup>102</sup> Vgl. die entsprechenden Ratsprotokolle, das Protokoll der Landesvorstandssitzung der KPD vom 13. März 1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1044 sowie Neues Leben, Jg. 2, Nr. 104 ff. und SLu, NL HM 164.

<sup>103</sup> Vgl. das Kommuniqué der 8. PV-Tagung, in: KPD 1945-1968 (Anm. 83), S. 263 ff.

<sup>104</sup> Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1045 sowie den Entschließungsentwurf „Zum 3. Landesparteitag“, in: SLu, NL HM 168.

<sup>105</sup> Vgl. das Sitzungsprotokoll, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1045 sowie „Entschließung des 3. Landesparteitages der KPD in Rheinland-Pfalz“, in: SLu, NL HM 168.

<sup>106</sup> Vgl. Neues Leben, Jg. 3, Nr. 27 f. sowie das Sitzungsprotokoll des Landesvorstandes der KPD vom 13. März 1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1045.

<sup>107</sup> Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes der KPD am 13. März 1949 sowie des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD am 15. März 1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1044.

<sup>108</sup> Vgl. das Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD am 22. und 29. März 1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1045.

<sup>109</sup> Vgl. das Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD am 9. und 12. April 1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1045.

<sup>110</sup> Vgl. das Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD am 22. April 1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1045.

<sup>111</sup> Vgl. MDAE, AdO, RP, C 1092.

<sup>112</sup> Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes der KPD am 18. Juni 1949, in: SAPMO BArch, ZPA; BY 1 1044 sowie MDAE, AdO, RP, C 1092.

<sup>113</sup> Vgl. die Dokumentation des 3. Landesparteitages der KPD, in: Neues Leben, 3. Jg., Nr. 64 ff. sowie MDAE, AdO, RP, C 1092 und SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1043.

<sup>114</sup> Vgl. das Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD vom 7. Juni 1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1045.

<sup>115</sup> Vgl. das Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD vom 21. Juni 1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1045.

<sup>116</sup> Vgl. das Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD vom 5. Juli 1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1045.

<sup>117</sup> Vgl. das Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD vom 8. Juli 1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1045.

<sup>118</sup> Vgl. Neues Leben, Jg. 3, Nr. 75.

<sup>119</sup> Vgl. das Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD vom 15. Juli 1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1045.

<sup>120</sup> Vgl. das Original des Schreibens, in: SLu, NL HM 171.

<sup>121</sup> Vgl. das Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD vom 16. Juli 1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1045.

<sup>122</sup> Vgl. Die Wahlen zum Landtag und Bundestag in Rheinland-Pfalz 1947-1955. Ergebnisse in den Gemeinden. Hrsg. vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems 1956. sowie Neues Leben, Jg. 3, Nr. 89 f.

<sup>123</sup> Mündliche Auskunft Herbert Müller an den Verfasser vom 20. Oktober 1993. Vgl. SLu, NL HM 171.

<sup>124</sup> Vgl. Mayer, Herbert: Durchsetzt von Parteifeinden, Agenten, Verbrechern ...?, Berlin 1995, S. 18.

- 
- <sup>125</sup> Vgl. SLu, NL HM 171.
- <sup>126</sup> Vgl. Neues Leben, Jg. 3, Nr. 103 f.
- <sup>127</sup> Vgl. das Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD vom 19. September 1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1045.
- <sup>128</sup> Vgl. das Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD vom 20. September 1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1045.
- <sup>129</sup> Vgl. das entsprechenden Schreiben von Herbert Müller, in: SLu, NL HM 171.
- <sup>130</sup> Vgl. den Text der Einladung, in SLu, NL HM 171.
- <sup>131</sup> Vgl. Die Freiheit, Jg. 3, Nr. 115.
- <sup>132</sup> Vgl. das Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD vom 27. September 1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1045.
- <sup>133</sup> Vgl. den Text der Einladung, in SLu, NL HM 171.
- <sup>134</sup> Vgl. das handschriftliche und maschinenschriftliche Original vom 28. September 1949, in: SLu, NL HM 171.
- <sup>135</sup> Mündliche Auskunft Herbert Müller an den Verfasser. Alle vier Übertritte zur SPD wurden politisch begründet; unausgesprochen blieb dabei, daß im September 1949 ein berufliches Vorwärtskommen mit einem Parteibuch der KPD nicht mehr möglich war. Heinrich Thiery war bereits im Januar 1949 als Leiter des Arbeitsamtes Speyer zur Ablösung vorgesehen gewesen. Sein Übertritt zur SPD bedeutete auch die Gewährleistung seiner Weiterbeschäftigung. Ludwig Manderschied stieg durch den Parteiwechsel in Neustadt vom ehrenamtlichen zum hauptamtlichen Beigeordneten auf. Herbert Müller behielt nach seinem Übertritt zur SPD nicht nur weiter seine Mandate in Stadtrat und Landtag, sondern nahm auch weiter seine Aufsichtsratsmandate wahr, so bei den Pfalzwerken und der Konsumgenossenschaft, in die er als KPD-Vertreter gewählt worden war. Zusätzlich beschäftigte ihn ab 1950 der SPD-Unterbezirk Ludwigshafen als Geschäftsführer.
- <sup>136</sup> Mündliche Auskunft Walter Müller an den Verfasser vom 17. Februar 1995.
- <sup>137</sup> Vgl. Morweiser (Anm. 13), S. 66.
- <sup>138</sup> Vgl. Die Freiheit, Jg. 3, Nr. 115.
- <sup>139</sup> Vgl. Neues Leben, Jg. 3, Nr. 109.
- <sup>140</sup> Vgl. das Referat von Hermann Nuding, in: SAPMO BArch, ZPA, NY 4142/63.
- <sup>141</sup> Vgl. das Schreiben vom 4. Oktober 1949 von Otto Niebergall an Herbert Müller, in: SLu, NL HM 171.
- <sup>142</sup> Vgl. die ausführliche Berichterstattung über die Mitgliederversammlungen, in: Neues Leben, Jg. 3, Nr. 111 ff.
- <sup>143</sup> Vgl. die Meldung des Mannheimer Morgen vom 30. September 1949 sowie die Gegendarstellung von Baumgärtner in Neues Leben am 1. Oktober 1949.
- <sup>144</sup> Vgl. die Meldung der Freiheit vom 7. Oktober 1949 sowie die Gegendarstellung von Liebel in Neues Leben am 11. Oktober 1949.
- <sup>145</sup> Vgl. die Austrittserklärung Reinfranks, in: SLu, NL HM 171.
- <sup>146</sup> Vgl. Neues Leben, Jg. 3, Nr. 113.
- <sup>147</sup> Vgl. das Flugblatt der KPD Ortsgruppe Kaiserslautern: „Wer ist Herbert Müller?“, in: SLu, NL HM 171.
- <sup>148</sup> Vgl. die persönliche Einladung des Kreisverbandes Ludwigshafen an Herbert Müller, in: SLu, NL HM 171.
- <sup>149</sup> Vgl. die Erklärung Herbert Müllers: „Inbezug Gestapoverhör“, in: SLu, NL HM 171.
- <sup>150</sup> Vgl. Neues Leben, Jg. 3, Nr. 141 f.
- <sup>151</sup> Vgl. Die Freiheit, Jg. 3, Nr. 146.
- <sup>152</sup> Vgl. das Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD vom 13. Januar 1950, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1047.
- <sup>153</sup> Vgl. das Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD vom 17. Januar 1950, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1047 sowie Neues Leben, Jg. 4, Nr. 8.
- <sup>154</sup> Vgl. Unser Tag, Jg. 6, Nr. 22 ff.
- <sup>155</sup> Die Wahlen zum Landtag und Bundestag in Rheinland-Pfalz 1947-1955 (Anm. 122).